

J. Timo Weishaupt

Wohnungs- und Sozialpolitik in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Forschung: Zusammenhänge, Entwicklungsstand, Forschungslücken

AUF EINEN BLICK

- Wohnen stellt ein existenzielles Grundbedürfnis dar, doch die Möglichkeiten zu Wohnen sind gesellschaftlich ungleich verteilt, zum Teil mit erheblichen sozialen Folgen.
- Wohnen wird seit Jahren für immer größere Bevölkerungsschichten zur Herausforderung. Mit der Zunahme an Wohnungslosigkeit sowie unsicheren oder unzumutbaren Wohnformen werden wohnungs- und sozialpolitische Ziele zunehmend verfehlt.
- Die sozialwissenschaftliche Literatur beschäftigt sich hauptsächlich **entweder** mit Wohnungspolitik **oder** Sozialpolitik, die Schnittstelle zwischen den beiden Feldern rückt dabei nur selten in den Fokus der Forschung.
- Es bedarf mehr und konkret auf die Schnittstelle von Wohnungs- und Sozialpolitik fokussierte Forschung.

ZUSAMMENFASSUNG

Durch immer weiter steigende Mietpreise, prekäre Wohnverhältnisse zum Teil bis tief in die Mittelschicht und eine Zunahme an Wohnungsnotfällen gewinnt die Frage des Wohnens zunehmend an Bedeutung, auch in den Sozialwissenschaften. In dieser Studie wird zunächst skizziert, wie Wohnen soziologisch betrachtet werden kann, um anschließend Wohnungs- und Sozialpolitik zu definieren, diese für heuristische Zwecke zu untergliedern und schließlich systematisch den Stand der Literatur an der Schnittstelle von Wohnen und Sozialem aufzuzeigen. Die Studie schließt mit fünf Thesen und dem Fazit, dass es erhebliche Wissenslücken zu schließen gilt.

ABSTRACT

Due to ever-increasing rental prices, precarious housing conditions affecting even parts of the middle class, and an increase in homelessness, the political issue of housing has become increasingly important, also in the social sciences. This study first outlines how housing can be viewed sociologically, followed by a succinct definition of housing and social policy, an analytical categorization of these policies' characteristics, and finally a systematic overview of the state of the literature at the interface of housing and social policy. The study closes with five theses and the conclusion that considerable gaps in knowledge need to be closed.

1 Wohnen – die neue Soziale Frage: Einleitung und Überblick¹

„Wohnen gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen des Menschen. Sorgenfreies Wohnen jedoch ist keine Selbstverständlichkeit mehr“, so führt Siegfried Frech (2019, S. 86) das Schwerpunktheft von *Bürger & Staat* der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zum Thema Wohnen ein. Dieses Zitat trifft nicht nur den aktuellen Zeitgeist, dass Wohnen zu **der** neuen sozialen Frage geworden ist, sondern verdeutlicht, dass Wohnen und Soziales, Wohnraumversorgung und soziale Teilhabe, Wohnungspolitik und Sozialpolitik eng miteinander verflochten sind. Doch wie genau und in welchen (ausdifferenzierbaren) Feldern? Wie untersucht die sozialwissenschaftliche Forschung die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen Wohnungs- und Sozialpolitik? Und welche Fragen hat die einschlägige Literatur bislang noch nicht gestellt oder nur unzureichend beantwortet?

In dieser Expertise sollen diese Fragen bearbeitet werden, um den Entwicklungsstand in der Forschung abzubilden und damit auch zukünftige Forschungsagenden zu identifizieren. Eine vollumfängliche Bestandsaufnahme dieses komplexen Forschungsfeldes, das von zahlreichen Disziplinen bearbeitet wird – von der Soziologie über die Politik-, Rechts-, Wirtschafts- und Kulturwissenschaften bis hin zu Humangeografie und Sozialer Arbeit – kann im Kontext dieser Kurzexpertise kaum möglich sein. Daher stellt diese Expertise eine selektive, vor allem auf die Sozialwissenschaften Politikwissenschaft, Soziologie und Stadtgeografie fokussierte Sichtung dar, ohne dass ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann.

Neben einer auf Stichworten basierten Globalrecherche (via *google scholar*), die auch Bücher und Sonderhefte umfasst, wurden die folgenden Zeitschriften der Jahrgänge (2018–2023) systematisch (Heft für Heft) gesichtet:

Zeitschriften mit sozialpolitischem Inhalt	Zeitschriften mit wohnungspolischem Inhalt
– Berliner Journal für Soziologie – Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft – Sozialer Fortschritt – Zeitschrift für Sozialreform – American Review of Political Science – American Sociological Review – Critical Social Policy – European Journal of Homelessness – European Journal of Social Policy – Journal of Social Policy – Social Policy and Administration – Social Policy and Society	– Geographische Zeitschrift – sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung – Housing Studies – Housing, Theory and Society – Urban Studies

Der Aufbau der Expertise stellt sich wie folgt dar: Im verbleibenden Teil dieses ersten Kapitels werden zunächst die zentralen Begriffe Wohnen, Wohnungspolitik und Sozialpolitik definiert.

¹ Ich bedanke mich herzlich für die Bereitschaft von Anne Vogelpohl, Eoin O’Sullivan, Michael Mießner und Michael Opielka, an einem 30-minütigen Experteninterview teilzunehmen und wichtige Impulse zu geben. Dank geht auch an Merve Eryoldas und Christian Hinrichs für die Kommentierung der Rohfassung der hier vorliegenden Studie.

Das Kapitel schließt mit einer synoptischen Darstellung der Wechselwirkungen von Wohnungspolitik und Sozialpolitik.

In Kapitel 2 wird dann auf die wichtigsten Entwicklungen bzw. deren Interpretationen in der wohnungspolitischen Literatur eingegangen, stets mit dem Fokus zur Schnittstelle Soziales bzw. Sozialpolitik. Es wird hierbei deutlich, dass die Forschung zu Wohnungspolitik sehr wohl den Bezug zur Sozialpolitik sucht, da nicht nur ein „Marktversagen“² (Holm 2021a) vorliegt, sondern auch der Sozialstaat zunehmend darin versagt, einkommensschwache Haushalte und vulnerable Gruppen mit angemessenem (sozialem) Wohnraum zu versorgen.

Heuristisch werden drei Schnittstellen zwischen Wohnungspolitik und Sozialpolitik unterschieden: (1) der Staat als Direktversorger von Wohnraum (**Objektförderung**), (2) der Staat als Kompensator bei Mieten, die für einkommensschwache und benachteiligte Haushalte nicht mehr bezahlbar sind (**Subjektförderung**) und (3) der Staat als **Regulator** von Mietverhältnissen, Mietpreisen sowie Flächennutzung, Bebauung und Erwerb. Das zweite Kapitel schließt mit einer kurzen Abhandlung der Folgen dieser Markt- und Politikentwicklungen.

In Kapitel 3 geht es um die Schnittstelle zur Wohnungspolitik aus sozialpolitischer Perspektive. Dieses Kapitel beginnt mit der Frage der Prävention bzw. dem Umgang mit Wohnungsnotfällen, betrachtet dann Wohnen in Sonderwohnformen als sozialpolitische Interventionsform und schließt mit einem kurzen Abriss zum Thema Wohnen mit oder trotz Pflegebedarf. Insgesamt zeigt der Überblick, dass Wohnen in der sozialpolitischen Literatur zwar mitgedacht, selten aber explizit im Zentrum der sozialpolitischen Forschung steht.

In Kapitel 4 wird ein Fazit in Form von fünf Thesen gezogen, die jeweils auch zukunftsweisende Forschungsvorhaben identifizieren.

² Ob es sich hierbei um „Marktversagen“ handelt, soll kritisch hinterfragt werden, denn der Markt orientiert sich an Profiten und nicht an menschlichen Bedürfnissen und diese wurden für Investor*innen zweifelsohne in großem Stil zumindest in der Niedrigzinsphase generiert.

1.1. GRUNDLAGEN: VOM ALLTAG DES WOHNENS UND DESSEN SOZIALEN FOLGEN

Um die Wechselwirkungen zwischen Sozial- und Wohnungspolitik zu verstehen, muss zunächst geklärt werden, was das so alltäglich klingende ‚Wohnen‘ alles umfasst. Für rein heuristische Zwecke soll Wohnen in drei Funktionen des alltäglichen Lebens unterteilt werden, wobei sich die Bereiche in der Praxis auch überschneiden können: (1) funktionales Leben, (2) emotionales Leben und (3) soziales Leben.

1.2. FUNKTIONALES WOHNEN – EIN DACH ÜBER DEM KOPF

Wohnen bietet zunächst ganz praktisch und rational gedacht einen Raum, der Schutz vor Wind und Wetter, vor Tieren, vor Fremden, vor unbefugtem Eindringen und letztlich auch vor dem Staat bietet. Über einen eigenen Wohnraum zu verfügen, erlaubt es, die Welt ‚draußen zu lassen‘, die Haustüre (und Fenster) zu schließen, sich in den eigenen vier Wänden aufzuhalten und sich damit physisch und rechtlich vom öffentlichen Raum abzugrenzen. Wohnen gestattet es, Privatheit zu erleben, sich zu regenerieren und zu reproduzieren, bietet Zugang zu Wasser, Wärme, Energie und Telekommunikation. Wohnraum bietet die Möglichkeiten für Körperpflege und Hygiene, zu schlafen und sich zu erholen, sich mit Nahrung zu versorgen (Lagerung, Kühlung, Zubereitung) und seine persönlichen (Wert-)Gegenstände aufzubewahren – inklusive wichtiger Unterlagen und Dokumente (vgl., Ludwig-Mayerhofer et al. 2001, S. 281, Müller 2018, S. 178).

Im Umkehrschluss muss daraus geschlossen werden, dass wer **nicht** wohnt, **inadäquat** wohnt oder **in Abhängigkeit** von anderen wohnt, all diese existenziellen Bedürfnisse nicht, nur eingeschränkt oder nur mit großem Aufwand verbunden befriedigen kann (Protschky 2023). Es überrascht daher kaum, dass Georg Simmel bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts Obdachlosigkeit als das „extremste Phänomen der Armut“ bezeichnet hatte (Simmel 1908, S. 373).

1.3. EMOTIONALES WOHNEN – „WER WOHT, IST – OB ER WILL ODER NICHT – IMMER AUCH AUF EMOTIONALE WEISE IN SEIN HERUM VERSTRICKT“³

Wer wohnt, richtet sich ein und dieses Sich-Einrichten erfüllt nicht nur praktische (funktionale) Zwecke, sondern dient auch der Entfaltung persönlicher Vorlieben, sprich welche Möbel, welches Geschirr, welche Sanitärobjekte als „schön“ angesehen werden und wie man eine gute Wohnatmosphäre mit Bildern, Skulpturen, Fotos und anderen dekorativen Gegenständen schafft (Hasse 2019, S. 89). Neben diesen Aspekten dient die Wohnung auch als Raum für „individuelle Entfaltung“ (Gillich 2020, S. 7) – man kann mit anderen Menschen gemeinschaftlich wohnen, häufig als Familie oder einer vergleichbar intensiv emotionalen Beziehung, man kann Intimsphäre erleben oder man lädt Freundinnen und Freunde ein (Ludwig-Mayerhofer et al. 2001, S. 274). Wohnen ist ein Ausdruck des Selbst, beeinflusst die eigene Identität und prägt die Biografie (Knabe 2016). Durch das Miteinander in und um die Wohnung herum vollzieht sich damit auch eine Entwicklung vom „Einwohner zum Anwohner“, man wird vom Objekt der Meldebehörden zum Subjekt in der Nachbarschaft (Hasse 2019, S. 89).

Auch hier gilt im Umkehrschluss: Wer keinen (angemessenen) Ort für sich hat, dem bleibt Privatheit, Geselligkeit und Intimität verwehrt oder der muss sich und seine Verletzlichkeit in

³ Das Zitat stammt von Hasse 2019, S. 89.

der Öffentlichkeit zwangsläufig zur Schau stellen. Gesellschaftlich gesehen, arbeitete der Soziologie Pierre Bourdieu an dieser Stelle passend heraus, dass sich die Möglichkeiten und das Ausmaß individueller Raumnahme als Spiegelbild der gesellschaftlichen Positionen verstehen lassen können – und demzufolge hat eine Person, die Wohnungslosigkeit erfährt, „sozusagen keine gesellschaftliche Existenz“ (Bourdieu 1998, S. 161).

1.4. SOZIALES LEBEN – „SAG MIR, WO DU WOHNST, UND ICH SAG DIR, WER DU BIST“⁴

Um wohnen zu können, benötigt man finanzielle Ressourcen: ein regelmäßiges Einkommen (um die Miete und Nebenkosten finanzieren zu können) sowie eine gewisse Rücklage, um sich beispielsweise die Kautions, einen Umzug oder unerwartete Schäden und Ersatzbeschaffungen leisten zu können. Über diese finanziellen notwendigen Ressourcen hinaus können aber auch soziale und kulturelle Ressourcen, wie beispielsweise Status, Bildung, Einfluss, soziale Netzwerke und askriptive Merkmale (beispielsweise Geschlecht oder Hautfarbe) bei der Wohnungssuche oder gar beim Immobilienkauf relevant werden. Die Chancen, gut zu wohnen, sind demnach sozial **ungleich** verteilt und ressourcenärmere bzw. gesellschaftlich schlechter positionierte Gruppen können folgenreiche Benachteiligungen erfahren (Zamzow und Krahel 2020). Oder anders ausgedrückt: Personen oder Haushalte, die aufgrund ihrer Klasse, Herkunft oder ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert werden, werden „aufgrund der strukturierenden Kraft eines selektiven Wohnungsmarktes in seine unteren Segmente verwiesen sowie in prekäre, ungesicherte Wohnverhältnisse oder in die Obdachlosigkeit gezwungen“ (Diebäcker 2020, S. 24). Fazit: „die Reichen wohnen, wo sie wollen, die Armen, wo sie müssen“ (Häußermann 2007, S. 463).

Wenn soziale Gruppen, die über wenige Ressourcen verfügen, im städtischen Raum konzentriert wohnen, werden in diesen Quartieren drei „Kontexteffekte“ wirksam: Es gibt **erstens** Sozialisationseffekte, die durch das im Quartier vorherrschende Milieu hervorgebracht werden, „dem sich auch diejenigen nicht entziehen können, die ihm bisher nicht angehört“ (Häussermann und Kronauer 2009, S. 121). Grundannahme dabei ist, dass ein Leben in benachteiligten Quartieren langfristig dysfunktional auf das Individuum wirkt und ein von den Normen der Mehrheitsgesellschaft abweichendes Verhalten hervorrufen kann, um zumindest kurzfristig die eigene Lebensqualität zu verbessern (Keller 1999, S. 123). Friedrichs und Blasius beispielsweise fassen ein solches Milieu wie folgt zusammen: In benachteiligten Quartieren finden sich

überdurchschnittliche Anteil(e) von Haushalten, die Sozialhilfe erhalten; überdurchschnittliche Anteil(e) von Arbeitslosen; [...] niedrige Schulbildung (hoher Anteil von Schulabbrechern); hohe Kriminalität; überdurchschnittlicher Anteil von Teenagern mit Kind (Friedrichs und Blasius 2000, S. 21).

Es gibt **zweitens** Lebensqualität einschränkende strukturelle Effekte aufgrund der physisch-baulichen Merkmale des Quartiers. Dazu zählen neben schlecht ausgestatteten Wohnungen auch die Verwahrlosung der Gebäude selbst und die Vermüllung der Flure und Außenbereiche, die unattraktive Lage (beispielsweise an breiten, viel befahrenen Straßen oder Bahngleisen, nahe Industrie, Recycling- oder Klärwerken, Deponien etc.) und die häufig fehlende Infrastruktur vor Ort (Konsum-, Verkehrs-, Kultur- oder Dienstleistungsangebote) (Häussermann und Kronauer 2009, S. 121). Und **drittens** finden sich stigmatisierende Effekte auf die Bewohnenden aufgrund des negativen, nach außen wirkenden Images des Quartiers, bzw. nach innen wirkende Effekte, die das Selbstwertgefühl der Bewohnenden negativ beeinflussen. In der Konsequenz werden dann also „[a]us benachteiligten Quartieren [...]“

4 Das Zitat stammt von Reutlinger 2018, S. 125.

benachteiligende Quartiere“ (Häussermann und Kronauer 2009, S. 114): Soziale Teilhabemöglichkeiten werden eingeschränkt, Segregations- und Exklusionsprozesse verstärkt und Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs massiv eingeschränkt (Wacquant 2018, Rinn 2018).

2 Wohnungs- und Sozialpolitik: Begriffsdefinitionen und Wechselwirkungen

2.1. WOHNUNGSPOLITIK

Die Versorgung mit Wohnraum ist „eine zentrale staatliche Aufgabe“ (Hasse 2019, S. 88), wobei im deutschen Grundgesetz kein explizites ‚Recht auf Wohnen‘ verankert ist. Nichtsdestotrotz legt bereits die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 in Artikel 25 (1) fest (**fett** nicht im Original):

Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, **Wohnung**, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

Der Staat versucht dieser Verpflichtung durch seine öffentliche Wohnungspolitik⁵ nachzukommen, welche ich wie folgt definieren möchte:

Wohnungspolitik umfasst die gesetzlich geregelten, behördlich überwachten und staatlich finanzierten bzw. subventionierten Instrumente, Programme und Regelungen, die sich auf die Wohnraumversorgung – inklusive Neubau, Sanierung und Modernisierung von Bestand – der Bevölkerung beziehen.

Bereits bei dieser definitorischen Betrachtung wird deutlich, dass Wohnungspolitik einerseits die gesamte Bevölkerung berührt und schwer von anderen Politikfeldern wie beispielsweise Bau- und Stadtentwicklung, Familien- und Finanzpolitik abzugrenzen ist. Andererseits, und um diesen Bezug soll es in dieser Expertise gehen, ist Wohnungspolitik auch ein zentraler Bestandteil des Wohlfahrtsstaates – vor allem, wenn man bedenkt, dass gerade einkommensschwache Haushalte einen Großteil ihres verfügbaren Einkommens für die Miete und Mietnebenkosten aufwenden müssen und eine Benachteiligung auf dem Wohnungsmarkt mit schweren sozialen Folgen einhergehen kann.

Bei der Förderung der Wohnraumversorgung von einkommensschwachen Haushalten wird dabei zwischen **Objektförderung** (staatliche Förderung des Wohnungsbaus oder des Erwerbs einer Immobilie zur Selbstnutzung) und **Subjektförderung** (staatliche Transferzahlungen für Individuen, die sich auf dem Wohnungsmarkt nicht ausreichend versorgen können) unterschieden. Neben der Objekt- bzw. Subjektförderung wirkt der Staat

⁵ Selbstverständlich gibt es auch verbandliche Wohnungspolitik (s. Frech 2019, S. 86), so wie es auch betriebliche Sozialpolitik gibt. Für diesen Überblick beschränke ich mich aber auf die staatlichen Interventionen im Sinne einer ‚public policy‘. Zudem gibt es genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau, der aber in den gesichteten Quellen nur marginal, wenn überhaupt, erwähnt und untersucht wird.

aber auch durch **Marktregulierung** wie beispielsweise den Kündigungsschutz (um vor willkürlicher Entmietung zu schützen) oder Regelungen zur Festsetzung von Mieten oder Mietobergrenzen.

Die gesetzliche Zuständigkeit für Wohnungspolitik inklusive der Subjektförderung in Form des Wohngelds obliegt in Deutschland seit 2021 dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB). Auch in den meisten anderen Ländern innerhalb der Europäischen Union obliegt die Wohnraumversorgung (**housing policy**) Bau- und nicht Sozialministerien (Weishaupt und Hinrichs i. E. 2024).

2.2. SOZIALPOLITIK

Der deutsche Sozialstaat soll „dazu beitragen, ein menschenwürdiges Dasein zu sichern [...] und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen“ (SGB I, § 1). Ähnliche Formulierungen finden sich auch in anderen Wohlfahrtsstaaten. Der Staat verpflichtet sich also, ein menschenwürdiges Mindestmaß – wie auch immer definiert – an sozialem Schutz und gesellschaftlicher Teilhabe durch Interventionen zu ermöglichen. Analog zur obigen Definition von Wohnungspolitik definiere ich Sozialpolitik wie folgt:

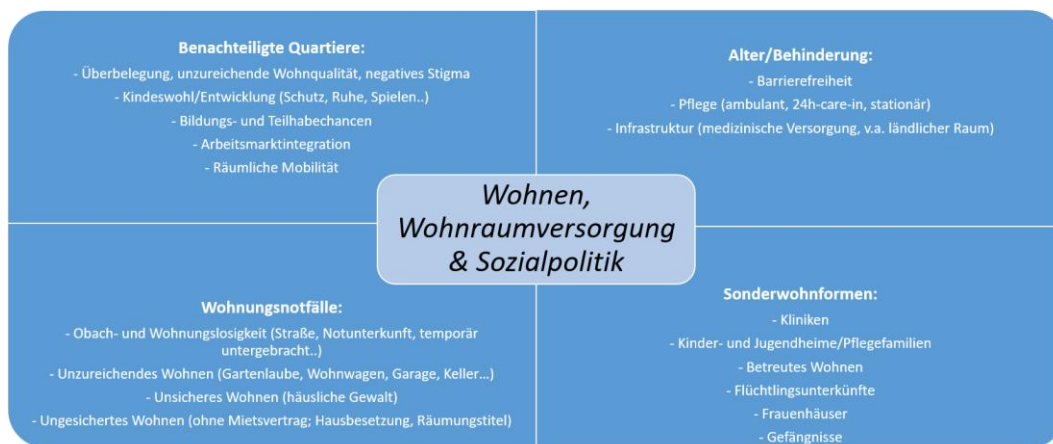
Sozialpolitik umfasst alle gesetzlich geregelten, behördlich überwachten und staatlich finanzierten bzw. subventionierten Instrumente, Programme und Regelungen mit dem Ziel, Bürger*innen vor sozialen Risiken zu schützen, einen adäquaten Lebensstandard zu sichern bzw. diese zu einem solchen zu befähigen und soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Aus dieser Definition folgt, dass neben der Sozialversicherung (**social insurance**) und Sozialhilfe (**social assistance**) auch weitere soziale Dienstleistungen (beispielsweise Gesundheitsversorgung) und Regulierungen (beispielsweise Arbeitsschutz) zur Sozialpolitik zählen. Auch zahlreiche wohnungspolitische Maßnahmen lassen sich in der Sozialpolitik finden. Diese umfassen zum einen Transferleistungen, die das Unterhalten oder Erhalten von Wohnraum ermöglichen sollen. Dazu gehört beispielsweise in Deutschland die Übernahme der Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU), die Übernahme von Miet- oder Energieschulden zur Vermeidung von Zwangsräumungen oder – unter bestimmten Voraussetzungen – der Erhalt der Wohnung durch Mietübernahme bei kurzzeitigen Haftstrafen. Zum anderen zählen aber auch ambulante und stationäre Dienstleistungen dazu, durch deren Umsetzung bestimmte Personen ambulant unterstützt, (temporär) institutionell untergebracht oder die sogenannte ‚Wohnfähigkeit‘ erhalten oder erreicht werden soll. Dazu zählen neben genuin sozialpolitischen Angeboten für Menschen in besonderen Lebenslagen (nach SGB XII, § 67) auch gesundheitspolitische Angebote wie die Eingliederungshilfe auf Grundlage des Bundesteilhabegesetzes, Unterstützung bei psychischen Auffälligkeiten oder Suchterkrankungen oder ambulante bzw. stationäre Pflege, Maßnahmen der Jugendhilfe (Kinder- und Jugendheime, Unterstützung von Care Leavers etc.) oder die Bereitstellung von Wohnraum für Personen mit spezifischen Bedarfen bzw. in besonderen Lebenslagen (wie beispielsweise gewaltbetroffene Frauen in Frauenhäusern oder Geflüchtete im Aufnahme- und Unterbringungssystem).

Wie dieser kurze Überblick bereits zeigt, gibt es zahlreiche Wechselwirkungen zwischen Wohnungspolitik (Wohnraumversorgung einkommensschwacher oder benachteiligter Personen) und Sozialpolitik (Sicherung eines adäquaten Lebensstandards), die sich in allen biografischen Momenten finden lassen: von der Kindheit (Wohnen als Grundlage für eine gesunde Entwicklung) über das Erwachsenenalter (Existenzsicherung und soziale Teilhabe) bis ins hohe Alter (Barrierefreiheit, Pflege, medizinische Versorgung). Wohnen stellt dabei eine zentrale Grundlage für ein menschenwürdiges Leben dar. Obdachlosigkeit oder Nicht-

Wohnen, unzumutbares, unsicheres und/oder mietvertraglich nicht abgesichertes Wohnen und Wohnen in benachteiligten Sozialräumen kann schwerwiegende soziale Folgen mit sich bringen (die dann wiederum – so der gesellschaftliche Anspruch – sozialpolitisch bearbeitet werden müssen): Neben extremer Armut gehören negative gesundheitliche Folgen, ein höheres Risiko, Gewalt zu erfahren, soziale Ausgrenzung, Stigmatisierung sowie eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten – vom Zugang zu Bildung und Erwerbstätigkeit bis hin zur Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt – dazu. In der nachfolgenden Abbildung werden die einzelnen Teilbereiche, in denen Wohnen, Wohnraumversorgung und Sozialpolitik zusammenspielen, visualisiert.

Abbildung 1: Zusammenhänge von Wohnen, Wohnraumversorgung und Sozialpolitik



Einen weiteren, indirekten Aspekt der wechselseitigen Beziehungen zwischen Wohnungs- und Sozialpolitik stellen zunehmend Maßnahmen des Klimaschutzes dar. Auflagen für Neubauten und Sanierungsanforderungen lassen Mieten deutlich höher ansteigen, als dies durch Dämmung bei den Nebenkosten wieder eingespart werden kann. Gerade in bereits angespannten Wohnungsmärkten verschärft sich dadurch das Problem der Wohnraumversorgung für einkommensschwache Haushalte. Soziale Ziele und Klimaschutzziele geraten so in einen Zielkonflikt, der ohne staatliche Interventionen kaum lösbar erscheint (Müller 2018, S. 180, Arendt et al. 2023). Auf diesen Aspekt wird in dieser Expertise allerdings nicht weiter eingegangen, da dieser bereits Gegenstand einer DIFIS-Studie war (Bohnenberger 2022).

3 Wohnungspolitik an der Schnittstelle zu Sozialpolitik: Wohnraumversorgung für einkommensschwache und/oder benachteiligte Personen und Haushalte

Wenn man Wohnungspolitik als die Aufgabe des Staates zur Sicherung der Wohnraumversorgung versteht, dann lassen sich an der Schnittstelle zur Sozialpolitik die folgenden drei Rollen des Staates identifizieren: (1) der Staat als direkter Förderer von Wohnungsbau (**Objektförderung**), (2) der Staat als Kompensator bei fehlenden

Möglichkeiten der individuellen Wohnraumversorgung (**Subjektförderung**) und (3) der Staat als **Regulator** (von Wohnungsbau, Mietpreisen und Mietverhältnissen).

3.1. DER STAAT ALS FÖRDERER (SOZIALEN) WOHNUNGSBAUS

In dieser Literatur argumentieren vor allem Soziolog*innen und Stadtgeograf*innen, dass sich Wohnungspolitik in Europa während der ersten Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkriegs dadurch auszeichnete, dass es ihre Aufgabe war, große Bevölkerungsteile (inklusive der Mittelschicht) mit Wohnraum zu versorgen (Müller 2018, S. 178, Hentschel 2019, Heeg 2020, S. 3, Scanlon et al. 2014, S. 1).⁶ Sozialer Wohnungsbau war dabei zentraler Bestandteil, auch wenn der Staat nicht immer selbst Eigentümer war, sondern alternativ auch den Bau von (Sozial-)Wohnungen (oder den Erwerb von Wohnraum, v. a. in Südeuropa) durch Subventionen oder andere Anreize gefördert hatte (Scanlon et al. 2014, S. 1). Einige Wissenschaftler*innen versuchen hierbei die Literatur zu ‚welfare regimes‘ (Esping-Andersen 1990) und ‚housing regimes‘ (Kemeny 1995) systematisch in Verbindung zu setzen (Arbaci 2019, Benjaminsen und Andrade 2015, Stephens 2020, Norris 2020, Clapham 2018). Dabei zeichnen sich traditionell die Länder mit konservativ-komparatistischen Wohlfahrtsstaaten durch einen ausgeprägten, nach Einkommen ausdifferenzierten privatwirtschaftlichen Mietwohnungsmarkt aus – als ‚unitary housing regime‘ bezeichnet –, während liberale Länder ein geteiltes oder ‚dualist housing regime‘ charakterisiert (Wohnraum in Privatbesitz von mittleren bis hohen Einkommen und einen privatwirtschaftlich und sozialpolitisch organisierten, residualen Wohnungsmarkt für geringe Einkommen). Die südeuropäischen (konservativen) Länder fallen dabei dadurch auf, dass ein hoher Anteil an Privatbesitz auch für geringe Einkommen durch staatliche Förderung ermöglicht wurde, während die nordischen (sozialdemokratischen) Wohlfahrtsstaaten aufgrund eines hohen Anteils an Sozialwohnungen eher segregierte ‚housing regimes‘ aufweisen (Friesenecker und Kazepov 2021, S. 79).

Seit spätestens den 1980er-Jahren begann sich der Staat als Förderer des Baus oder als Eigentümer von sozialem Wohnraum in westlichen Demokratien immer mehr zurückzuziehen (Holm 2021a, Lee et al. 2022, S. 1741, Rink 2021, o. V. 2018).⁷ Die OECD kalkuliert entsprechend, dass öffentliche Ausgaben für Wohnungsbau von 0,17 % im Jahr 2001 auf 0,06 % im Jahre 2018 gesunken sind (OECD 2021). In Deutschland – und in Europa im Allgemeinen (Scanlon et al. 2014) – sahen die Regierungen die Wohnungsfrage nicht nur als gelöst an (Rink 2021, S. 10), auch dominierten neoliberale Rationalitäten vielerorts politische Entscheidungsprozesse (Belina et al. 2013, Holm 2021b, Heeg 2020). Folglich wurde die Objektförderung sukzessive abgebaut und anstelle dessen auf privatwirtschaftliche, marktkonforme Lösungen gesetzt.⁸

In Deutschland wird dieser Paradigmenwechsel beispielsweise im Wohnraumförderungsgesetz (WoFG) der rot-grünen Bundesregierung von 2001 deutlich, welches den sozialen Wohnungsbau durch das Konzept der sozialen Wohnraumförderung ersetzte (Müller 2018, S. 179). Zielgruppe der Wohnungspolitik waren nun explizit „Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen versorgen können“ (§ 1 WoFG). Durch die Föderalismusreform von 2006 kam hinzu, dass Bund und Länder verstärkt die Verantwortung zur Bereitstellung von Wohnraum an die Kommunen abgaben, die wiederum aufgrund von Haushaltsproblemen vielerorts an ihre Grenzen der Leistungsfähigkeit gekommen waren (Grohs und Zabler 2021,

6 Für einen Überblick der Diskussion darüber, wie ‚social housing‘ in der Literatur definiert wird, s. Hansson und Lundgren (2019).

7 Eine oft erwähnte Ausnahme stellt dabei die Stadt Wien dar, die einen hohen Anteil an sozialem Wohnraum erhalten hat. Kritik findet sich in Wien hinsichtlich der Vergabepraktiken (Friesenecker und Kazepov 2021).

8 In Deutschland wurde in den späten 1980er-Jahren auch die Gemeinnützigkeit abgeschafft (Heeg 2020, Holm 2021b).

S. 37). Eine aktuell deutlich sichtbare Folge ist die Reduzierung freiwilliger Aufgaben und öffentlicher Investitionen, die dann auch Soziales wie beispielsweise die Wohnungslosenhilfe, Seniorenangebote oder die soziale Stadtentwicklung treffen (Grohs und Zabler 2021, S. 39). Hinzu kommt, dass – zumindest in Deutschland – Sozialpreisbindungen von privatwirtschaftlichem, aber staatlich subventionierten Wohnraum nach i. d. R. zehn bis 20 Jahren auslaufen und dadurch der Bestand an Sozialwohnungen kontinuierlich sinkt (Holm 2021a). Im Ergebnis haben Kommunen ohne eigenen Wohnraum kaum noch Steuerungsmöglichkeiten im Umgang mit der sich seit geraumer Zeit immer dringlicher stellenden Frage der Wohnraumversorgung für einkommensschwache Haushalte oder gar von Wohnungslosigkeit betroffene Personen (s. auch Hentschel 2019, S. 84).

In jüngerer Zeit haben Politikwissenschaftler*innen und Soziolog*innen daraufhin damit begonnen, zu untersuchen, wie Kommunen in Deutschland und im internationalen Vergleich versuchen, durch wohnungspolitische Maßnahmen neuen bezahlbaren und/oder sozialen Wohnraum zu schaffen oder existierenden sozialen Wohnraum zu erhalten (bspw. Egner und Kayser 2023, Cooper und Kurzer 2023, Kadi und Lilius 2022, Marquardt und Glaser 2023, Rink und Egner 2022). Dabei wird deutlich, dass nicht jeder ‚bezahlbare‘ Wohnraum auch ‚sozialer‘ Wohnraum ist, da Wohnraum nicht nur für bedürftige Leistungsbezieher*innen geschaffen werden soll, sondern auch für Erwerbstätige mit geringen oder mittleren Einkommen, die sich aufgrund steigender Mieten auf dem privatwirtschaftlich organisierten Wohnungsmarkt nicht länger selbst versorgen können. Der direkte Bezug zu Sozialpolitik ist somit nicht immer deutlich erkennbar.

3.2. DER STAAT ALS KOMPENSATOR VON MARKTENTWICKLUNGEN

Während die Literatur den Themenbereich Objektförderung/sozialer Wohnungsbau relativ gut abdeckt, finden sich deutlich weniger Veröffentlichungen im Bereich der Subjektförderung. Die Form der Subjektförderung unterscheidet sich dabei zwischen den Ländern sowohl in ihrer institutionellen Ausgestaltung als auch in der Höhe der Leistungen. In Deutschland unterstützt der Staat – seit den sogenannten Hartzreformen – das Wohnen durch Wohngeld⁹ (für einkommensschwache Haushalte ohne Bezug von bedarfsgeprüften Grund-sicherungsleistungen) und durch die Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU) als sozialpolitische Maßnahme für bedürftige Haushalte. Während das Wohngeld die Miete lediglich subventioniert, werden die KdU (bis zu einer festgelegten Mietobergrenze, die je nach Wohnort und Haushaltskonstellation variiert) komplett übernommen.¹⁰ In anderen Ländern, wie beispielsweise dem Vereinigten Königreich, sind ‚housing benefits‘ Bestandteil einer pauschalisierten Sozialleistung („universal credit“), was dazu führen kann, dass bei steigenden oder sehr hohen örtlichen Mieten Leistungsbeziehende vor der Wahl stehen, das durch Sozialleistungen verfügbare Einkommen **entweder** für (steigende) Mieten **oder** für andere Güter (beispielsweise Nahrung, Kleidung, Energie) auszugeben (Pleace 2020, S. 333). Lord Beveridge beschrieb dieses Dilemma entsprechend als „the rent problem“ (zitiert in Lund 2016).

Da seit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise die Mieten in den meisten europäischen Ländern deutlich schneller angestiegen sind als Löhne und Gehälter (Dewilde 2018), hat sich die soziale Lage einkommensschwacher Haushalte nochmals verschlechtert. Um negative soziale Folgen bei zunehmender Inflation abzumildern, müssen daher ‚housing benefits‘ regelmäßig vom Staat erhöht werden. Dies kann dann aber dazu führen, dass auch

9 Nach einer Reform Ende 2022 änderte sich die Bezeichnung zu Wohngeld-Plus, da sich der Kreis der Beziehenden deutlich ausweitete und die Leistungen erhöht wurden.

10 Finanziert wird das Wohngeld zu 50 % vom Bund und zu 50 % von den Ländern; die Verwaltungskosten werden von den Kommunen getragen (Gluns 2019, S. 271).

Vermietende die Mieten entsprechend erhöhen und die Anpassung der staatlichen Leistungen dann nicht den Mietenden, sondern vor allem „den Vermieter_innen zugute[kommt], denn die Wohngeldzahlungen konstituieren eine von den Einkommensverhältnissen entkoppelte Mietzahlungskraft und sichern so höhere Erträge“ (o. A. 2018, ix). Ironischerweise wird damit auch das ursprüngliche Ziel der politischen Entscheidungsträger **ad absurdum** geführt, denn durch die Verlagerung von der Objekt- zur Subjektförderung sollten auch und gerade Kosten eingespart und damit staatliche Ausgaben reduziert werden. Durch die Erhöhung der Mieten stiegen aber zwangsläufig auch **„housing benefits“** und damit wiederum die staatlichen Ausgaben (Kemp 2016, S. 831).

Aber nicht nur die Höhe der Leistungen ist relevant. Auch der Zugang bzw. die Zugangskriterien können ausschlaggebend für den Umfang und die Effektivität von **„housing benefits“** sein. Auf Basis von EU-SILC-Daten zeigt Kemp (2016, S. 837), dass der Anteil an Haushalten in Bezug von **„housing benefits“** in Europa stark variiert: Die Spanne reicht hierbei von unter 5 % aller Haushalte in Belgien, Deutschland, Griechenland, Italien, Österreich und Spanien bis über 20 % in Dänemark, Finnland und Irland. Aktuelle Studien, die diese Variation erklären oder auf die Folgen (in einer vergleichenden Perspektive) eingehen, ließen sich für diese Expertise nicht finden. Manche Studien beleuchten jedoch einzelne Länder oder thematisieren bestimmte Entwicklungen. So sind beispielsweise in den USA **„housing benefits“** kein soziales Recht (und die Finanzierung gedeckelt) und Bewerber*innen müssen sich mitunter auf lange Wartezeiten einstellen (Zhang und Johnson 2023). Die **„benefits“** werden zudem verstärkt in Form von Gutscheinen (**„vouchers“**) vergeben, um Menschen, die in Sozialwohnungen mit einem hohen Stigma leben, die Möglichkeit zu geben, aus diesen Gegenden wegzuziehen (Kemp 2016, S. 830).¹¹ Für Deutschland zeigen Henger und Niehues (2019) einen Drehtüreffekt auf: Eine Nicht-Anpassung des Wohngelds führt dazu, dass einkommensschwache Haushalte in die Grundsicherung wechseln müssen und umgekehrt fallen Haushalte nach einer Erhöhung des Wohngelds wieder aus der Grundsicherung. Dies verursacht hohe Verwaltungskosten und führt zu Verständnisproblemen bei den Leistungsempfängenden (Henger und Niehues 2019, S. 792).¹² Auf Basis von französischen Survey-Daten zeigt Flambard (2019) wiederum, dass die oft genutzte **„rent-to-income ratio“**, also der Anteil des verfügbaren Einkommens, der für Miete aufgewendet wird, kein guter Prädiktor für finanzielle Nöte in Haushalten ist und **„housing benefits“** nur ein „moderates Potenzial“ haben, um finanzielle Nöte zu mildern. O’Leary und Simcock (2022) wiederum argumentieren, dass die „Neoliberalisierung“ der britischen **„housing benefits“** zu mehr Wohnungsnotfällen geführt hat.

3.3. DER STAAT ALS REGULATOR

Der Staat kann drittens auch durch gesetzliche Vorgaben auf die Wohnraumversorgung einwirken und somit soziale Ziele verfolgen sowie verwirklichen. Ein wichtiges Instrument für politische Entscheidungsträger*innen sind gesetzliche Vorgaben zur Flächennutzung (Wohnen, Gewerbe, Begrünung etc.) und Bebauung (Größe, Barrierefreiheit bzw. -armut, Umwelt- und Klimaschutz etc.) (Gluns 2019). Die Möglichkeit des Milieuschutzes und der Erlass von Satzungen oder Verordnungen können zudem soziale Aspekte betonen und die angestammte Bevölkerung schützen (Dathe et al. 2021). Letztlich kann der Staat auch gesetzlich gegen Leerstand oder die Nutzung von Wohnraum für berufliche Zwecke vorgehen, um damit die Anspannung in Wohnungsmärkten zu lockern (Gluns 2019, S. 274).

11 Ein negatives Stigma haben neben den **„projects“** in den USA beispielsweise auch die **„banlieues“** in Frankreich (Wacquant 2018). Es finden sich aber auch gegenläufige Entwicklungen, beispielsweise im Vereinigten Königreich, wo Investitionen in soziale **„tower blocks“** den Lebensstandard der Bewohnenden deutlich verbessert haben (Tunstall 2020).

12 Mit dem Wohngeld-Plus ist auch eine Dynamisierung der Leistungshöhe eingeführt worden, wodurch diese Effekte verringert werden müssten.

Der Bezug zur Sozialpolitik ist hierbei aber nur indirekt – es geht vor allem um die Schaffung oder den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum (bspw. Rink und Egner 2020).¹³

Des Weiteren kann der Staat auf regulative Instrumente wie den Kündigungsschutz oder Mietpreisbindungen zurückgreifen. Da aber auch diese Instrumente zur Absicherung breiter Schichten gedacht sind, wirken diese nicht primär auf einkommensschwache Haushalte (Grohs und Zabler 2021, S. 41).¹⁴ Nichtsdestotrotz haben gesetzliche Regulierungen direkte Auswirkungen auf Mietende und Vermietende. Mietpreisbindungen (beispielsweise über Mietspiegel) und Mietpreisdeckel können einerseits einen Beitrag zur Reduktion von Armutsrisiken leisten, da der Anteil des verfügbaren Einkommens für die Miete begrenzt wird (Gluns 2019). Andererseits verringern sich dadurch aber auch Anreize für privatwirtschaftliche Investitionen in Neubau und/oder dem Erhalt von existierendem Wohnraum (Dolls et al. 2021, Kholodilin und Kohl 2023). Der Kündigungsschutz bzw. der Umgang mit Räumungstiteln wiederum kann vor dem Wohnraumverlust schützen, aber in der Praxis auch zu massiven Ungleichbehandlungen führen, wie Matthew Desmond herausgearbeitet hat (Desmond 2016, Rutan und Desmond 2021, Hepburn et al. 2020). Hinzu kommt, dass in Deutschland und anderen europäischen Ländern eine Zunahme an Zwangsräumungen beobachtet wird (Gerull 2014, Butterwegge 2021, Lima 2020), wobei die Prozesse des Wohnungsverlustes bzw. dessen Vermeidung eher selten untersucht wurden (Berner et al. 2015, Padraic Kenna et al. 2018).¹⁵ Insgesamt findet sich vergleichsweise wenig Literatur zum Thema und der Bezug zur Sozialpolitik ist auch hier nur indirekt.

Der direkte Bezug zur Sozialpolitik durch staatliche Regulierung ist hingegen bei zwei Instrumenten gegeben: Verpflichtende Vorgaben bzw. finanzielle Anreize zum Bau von Wohnungen mit einer Sozialpreisbindung und beim Erwerb von sogenannten Belegrechten (Zuweisung von Personen zu Wohnungen durch lokale Behörde). Während Dathe et al (2021) die Regulierung(-smöglichkeiten) im Allgemeinen erörtern, fand sich zu diesen Themen keine (vergleichende) Literatur in den gesichteten Zeitschriften.

3.4. DIE (SOZIALEN) FOLGEN VON WOHNUNGSPOLITIK: VON KOMMODIFIZIERUNG, FINANZIALISIERUNG, GENTRIFIZIERUNG UND WACHSENDER UNGLEICHHEIT AUF DEM WOHNUNGSMARKT

Die sozialen Folgen der in 3.1. beschriebenen Entwicklung des ‚Rückzugs‘ des Staates und einer ‚neoliberalen‘ Wohnungspolitik werden v. a. von der (kritischen) Stadtsoziologie und Stadtgeografie wie folgt zusammengefasst: steigende Mietpreise, stagnierende Neubauzahlen (vor allem im unteren Preissegment), Verdrängungskonflikte und neue städtische Spaltungen (Holm 2021a, S. 113). Warum Mietpreise kontinuierlich steigen, der von der Politik erhoffte Sickereffekt trotz Neubau im oberen und mittleren Preissegment nicht einsetzt und vor allem im unteren Mietsegment der Neubau stagniert, wird dabei durch marktwirtschaftliche Prozesse der **Kommodifizierung** (Wohnen als Wirtschaftsgut¹⁶), der

13 Weitere Steuerungsmöglichkeiten ergeben sich zudem aus den steuerlichen Regelungen von privatwirtschaftlichen Investitionen (Hochstenbach 2023) oder durch die Regulierung von Zweit- und Ferienwohnungen bzw. deren Kommerzialisierung durch Unternehmen wie Airbnb (Smigiel et al. 2019). Auch die Regulierung des Vermietens bzw. (erlaubte) Diskriminierungspraktiken können soziale Folgen haben (Evans et al. 2019, Horr et al. 2018, Rosen et al. 2021, Wolfson et al. 2023).

14 Mietendeckel können zudem dazu beitragen, dass staatliche Kosten, die durch die Übernahme der Kosten für die Unterkunft entstehen, gedämpft werden (Grohs und Zabler 2021, S. 43).

15 Das Erleben des Wohnungsverlustes hingegen wurde jüngst von Meuth und Reutlinger (2023) eingehend untersucht.

16 Kritische Forscher*innen betonen dabei, dass Wohnen kein Konsumgut wie jedes andere ist. Einkommensschwache Gruppen müssen in minderwertigen, überbezahlten Wohnungen leben, d. h., die Miete spiegelt nicht Qualität wider; auch kann der Konsum bei Einkommensausfällen nicht kurzfristig reduziert werden; und die Miete stellt i. d. R. den größten Anteil des verfügbaren Einkommens dar.

Finanzialisierung (Immobilien als Investitionsobjekt, auch internationaler, professioneller Spekulanten) und **Gentrifizierung** (Aufwertung von Stadtteilen, die mit einer Verdrängung der ansässigen Bevölkerung einhergeht) erklärt (o. V. 2018). Des Weiteren arbeitet beispielsweise Bernd Belina heraus, warum sich Neubau im unteren Preissegment nicht lohnt: Aufgrund vergleichsweise hoher menschlicher Arbeitskraft und Herstellungskosten vor Ort sind Neubauten immer teuer. Die Profitmargen sind aber im unteren Preissegment deutlich geringer, da hochpreisige Wohngebäude in der Produktion nicht viel teurer als einfache Wohngebäude sind und Umwelt- und Klimaschutzauflagen zudem das Bauen verteuern, was sich wiederum in höheren Mieten niederschlägt. Zudem kann die „Ware Wohngebäude nicht an andere transportiert werden. Leerstehende Wohnungen in strukturschwachen, peripheren oder ländlichen Räumen [...] ändern deshalb nichts an der Lage [in Groß- und Universitätsstädten]. Dass sich dort zudem Bevölkerung mit niedriger Zahlungsfähigkeit konzentriert, bedeute für ärmere Gruppen Wohnungsnot“ (Belina 2017, S. 36-37).

Michael Mießner (2019, 2021) entwickelt das Argument von Belina weiter und zeigt auf, wie Studierende in Universitätsstädten aus Perspektive von Vermieter*innen als eine äußerst lukrative Personengruppe erscheinen, dadurch bevorzugt den Zuschlag erhalten und in der Folge der vergleichsweise kostengünstigere Wohnraum für benachteiligte Gruppen knapper wird. Aufgrund der Nutzung großer Wohnungen als Studierenden-WGs verknappt sich zusätzlich noch das Angebot für Familien. Ähnliche Argumente, die auf rationalen Marktentwicklungen basieren, finden sich für zahlreiche andere europäische Länder, wie beispielsweise Irland und Portugal (Lima und Xerez 2023, Lima et al. 2022) oder auch Spanien und das Vereinigte Königreich (Byrne 2020).

Die sozialen Folgen dieser marktförmigen Prozesse, die Andrej Holm – mit Blick auf die Versorgung mit Wohnraum einkommensschwacher und benachteiligter Personen – auch als Kombination aus „Staatsversagen“ und „Marktversagen“ beschreibt (Holm 2021a), werden häufig mit einer sozialräumlichen Segregation und sozialen Spaltung in Verbindung gebracht (Rinn 2018, Diebäcker 2020). Neben Armut, prekären Wohnsituationen (schlechte Wohnqualität, Überbelegung), (ethnischer) Segregation, Diskriminierung und Benachteiligung nehmen auch Verteilungskämpfe zu (Kokalanova 2022, Zavisca und Gerber 2016, Seemann 2021, Listerborn 2023). Diese Folgen erfordern wiederum sozialpolitische Reaktionen, wodurch sich wieder eine gemeinsame Schnittmenge zwischen (den Folgen von) Wohnungspolitik und Sozialpolitik ergibt (Lee et al. 2022).

3.5. ZWISCHENFAZIT

Der mit Abstand größte Teil der Literatur zu Wohnungspolitik im Sinne von Wohnraumversorgung untersucht diejenigen Prozesse, die dafür verantwortlich gemacht werden können, dass Wohnen seit ca. 2010 besonders für einkommensschwache Personen und Haushalte in Großstädten und Ballungsräumen immer problematischer oder gar verunmöglicht wurde. Während sich die Geografie und (Stadt-)Soziologie dem Thema Wohnraumversorgung vor allem von einer Perspektive der (kritischen) politischen Ökonomie nähern und die sozialen Folgen betrachten, fokussieren sich v. a. (deutsche) Politikwissenschaftler*innen auf kommunale Strategien der Wohnraumversorgung. Die unterschiedliche Ausgestaltung von ‚housing benefits‘ und deren Folgen sowie die sozialpolitisch motivierte Regulierung des Wohnungsmarktes werden dabei deutlich seltener betrachtet. Entsprechend folgert der Politikwissenschaftler Björn Egner (2020, S. 401), dass Wohnungspolitik ein Politikfeld ist, „das sich als relativ unübersichtlich darstellt und dabei sowohl starke Überlappungen mit vielen angrenzenden Politikfeldern bereithält als auch durch eine relativ träge Entwicklung gekennzeichnet ist.“

4 Sozialpolitik an der Schnittstelle zu Wohnen und Wohnungspolitik: Wohnen als Daseinsfürsorge

Während die (soziale und für Haushalte mit geringen Einkommen bezahlbare) Wohnraumversorgung die zentrale Aufgabe der Wohnungspolitik darstellt, wird der Zusammenhang zwischen Wohnungs- und Sozialpolitik von der Sozialpolitik ausgehend zweifelsohne im Kontext von Wohnungsnotfällen¹⁷, insbesondere bei Wohnungslosigkeit deutlich. Zudem kann Wohnen in ‚Sonderwohnformen‘, also Heimen oder heimähnlichen Unterkünften, entweder eine sozialpolitische Maßnahme an sich darstellen (beispielsweise betreutes Wohnen, Wohnen in Jugend- oder Pflegeheimen etc.), oder durch soziale Notlagen hervorgerufen sein (Frauenhäuser, Fachkliniken, Notunterkünfte etc.). Letztlich stellt der Bereich Alter bzw. Behinderung einen Bereich dar, der Wohnen und Sozialpolitik unmittelbar in Verbindung bringt. Nachfolgend werden diese Aspekte beleuchtet.

4.1. SOZIALPOLITISCHE MASSNAHMEN ZUR PRÄVENTION UND ÜBERWINDUNG VON WOHNUNGSLOSIGKEIT

Wohnungs- und Obdachlosigkeit stellen ein akutes Bedürfnis nach Wohnraumversorgung dar und gehen häufig mit extremer Armut, Verelendung und massiven gesundheitlichen Folgen einher. Gleichzeitig ist es die Aufgabe des Wohlfahrtsstaates, die Daseinsfürsorge zu garantieren bzw. einen angemessenen Lebensstandard zu ermöglichen, was Wohnen unmittelbar zum Herzstück von Sozialpolitik macht (Pleace 2020, S. 341). Eine Zusammenfassung der gesamten Literatur zum Thema Wohnungslosigkeit würde hier zweifelsohne den Rahmen sprengen, weswegen hier ausschließlich die Literatur besprochen werden soll, die sich explizit mit Sozialpolitik beschäftigt. Während die deutschsprachige Literatur zu Wohnungsnotfällen stark durch Herausgeberbände von Forschenden der (oftmals eher) anwendungsorientierten Sozialen Arbeit (Sowa et al. i. E. 2024, Borstel et al. 2023, Keicher und Gillich 2013, Gillich und Keicher 2016, Sowa 2022, Gillich und Keicher 2017)¹⁸ oder Auftragsforschung (v. a. durch die Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e. V. (GISS)) geprägt ist, ist die englischsprachige Literatur hingegen analytischer in ihrer Orientierung und deutlich häufiger in Fachzeitschriften mit **Peer Review** veröffentlicht.

Suzanne Fitzpatrick, Peter Mackie und Jenny Wood (2021) stellen eine fünfstufige Typologie der Prävention von Wohnungslosigkeit vor, welche sich auch ideal dafür eignet, die Schnittstellen zur Sozialpolitik kenntlich zu machen und dabei zusätzlich auch die dazu veröffentlichte Literatur einzuarbeiten. Fitzpatrick et al. (2021, S. 82) unterscheiden dabei **Universal-, Upstream-, Crisis-, Emergency- und Repeat-Interventionsformen** zur Prävention oder Überwindung von Wohnungslosigkeit.

Unter **Universal**-Maßnahmen werden alle diejenigen staatlichen Maßnahmen gefasst, die ganz allgemein die Bevölkerung vor Wohnungslosigkeit schützen sollen. Dazu

¹⁷ Wohnungsnotfälle umfassen dabei Obdach- und Wohnungslosigkeit, die akute Gefahr, seinen Wohnraum zu verlieren, sowie unzumutbare Wohnverhältnisse.

¹⁸ Wohnungslosigkeit ist beispielsweise selten als ein eigenständiges thematisches Panel auf den Jahresveranstaltungen der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft oder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) vertreten. Eine Ausnahme stellt der DGS-Jahreskongress 2022 dar.

gehören der Schutz vor häuslicher Gewalt,¹⁹ Zugang zu Gesundheitsversorgung,²⁰ Zugang zu Kinderbetreuung,²¹ soziale Absicherung (v. a. bei gering entlohnter Erwerbstätigkeit) und regionale wirtschaftliche Disparitäten (Fitzpatrick et al. 2021, 83). In der sozialwissenschaftlichen Literatur finden sich vor allem Studien, die sich mit **sozialpolitischen Transferzahlungen** und dem Zugang zu **bezahlbarem Wohnraum** befassen. Dabei wird die These formuliert, dass „robust welfare states and embedded poverty reduction strategies [...] lower rates of [...] homelessness“ aufweisen (Schwan et al. 2018, S. 12). Vor allem die nordischen Länder haben aufgrund ihrer universellen Wohlfahrtsstaaten ein geringeres Risiko, von Wohnungslosigkeit betroffen zu sein (Benjaminsen und Andrade 2015, Benjaminsen 2016, Benjaminsen et al. 2020). Im Umkehrschluss zeigen Länder mit geringen Transferleistungen ein höheres Risiko (Shinn und Khadduri 2020), und Kürzungen von oder die Verschärfung der Zugangskriterien zu Sozialleistungen verschärfen das Risiko, wohnungslos zu werden (Fitzpatrick et al. 2021, S. 84). Ein ähnliches Argument findet sich auch für den staatlichen Aufwand bei der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum: Investitionen in sozialen Wohnraum wie beispielsweise in Dänemark, Finnland (Schwan et al. 2018) oder Schweden (Granath Hansson 2021) reduzieren das Risiko²², während geringe Interventionen oder Kürzungen das Risiko erhöhen (O’Sullivan 2022, Zhang und Johnson 2023, Lee et al. 2021, Lee et al. 2022, O’Sullivan 2020).

Zu den **Upstream**-Maßnahmen zählen alle Interventionen, die frühzeitig Hochrisikogruppen erreichen sollen. Zu den identifizierten Hochrisikogruppen können beispielsweise schulpflichtige Jugendliche gehören, die über einen an Schulen praktizierten **Screening Survey** identifiziert werden, auf den dann eine fachliche Intervention folgt. Dieses sogenannte Geelong-Konzept wurde erstmals in Australien angewendet, wo Wohnungslosigkeit unter Jugendlichen um 40 % reduziert werden konnte (MacKenzie 2018b, a). In Wales folgte jüngst ein das australische Konzept reproduzierendes Pilotprojekt (Fitzpatrick et al. 2021, S. 86). Eine weitere Hochrisikogruppe stellen Personen dar, die aus Sonderwohnformen entlassen werden, wie beispielsweise Haftanstalten (Remster 2021, Hanratty et al. 2020, Schneider 2018), Jugendheimen (Schwan et al. 2018, Glynn und Mayock 2023, Heerde et al. 2018, Dworsky et al. 2013), Fachkliniken (Hanratty et al. 2020, Greysen et al. 2012) oder dem Militärdienst (Metraux und Moore 2023, Wilding 2020). Der Sozialstaat kann bei diesen Übergängen durch intensive und individualisierte Unterstützung das Risiko, wohnungslos zu werden, reduzieren (Mackie 2023, S. 15)²³ oder für diese Risikogruppen sozialen Wohnraum zur Verfügung stellen (Baptista und Marlier 2019).

Zu den **Crisis**-Interventionen zählen Maßnahmen, die die unmittelbar bevorstehende Wohnungslosigkeit abwenden sollen. Dazu gehört die Abwendung von Zwangsräumungen (s. Kapitel 3.3., oben), die Unterstützung von häuslicher Gewalt betroffener Personen, einmalige finanzielle Zuwendungen zur Bewältigung akuter Schuldenproblematiken, Umzugshilfen und rechtliche Beratung bzw. Mediation bei Konflikten zwischen Vermietenden und Mietenden (Schwan et al. 2018, Lee et al. 2021, S. 15, Pleace 2019, Shinn und Cohen 2019). Im US-Kontext zeigen einige Studien, dass Sozialleistungen (*Temporary Assistance*

19 Zum Thema häusliche Gewalt, Wohnungslosigkeit und Sozialpolitik konnte ich im Rahmen dieser Expertise lediglich einen Artikel ausfindig machen (Blunden und Flanagan 2022). Allerdings führt Bodenmüller (2019) aus, dass gerade in Deutschland problematisch sei, dass Paartherapien nicht durch die Krankenkassen übernommen werden, aber Wohnungslosigkeit gerade von Frauen häufig durch partnerschaftliche Konflikte ausgelöst wird.

20 Zum Thema medizinische Versorgung finden sich Veröffentlichungen, wobei dort der Aspekt der Prävention nicht im Vordergrund steht (Böhm 2020, Daßler 2022).

21 Die Zusammenhänge zwischen Kinderbetreuung und Wohnungslosigkeit erfasst Babcock durch eine statistische Analyse des Falls New York (Babcock 2022).

22 Für eine kritische Perspektive der dänischen bzw. schwedischen Entwicklungen, s. Seemann (2021) bzw. Listerborn (2023). Für eine vergleichende, nordische Perspektive, s. Kettunen und Ruonavaara (2021).

23 Zu den erfolgreichsten sozialpolitischen Maßnahmen gehört das US-amerikanische Programm *Critical Time Interventions* (CTI), welches beispielsweise Häftlingen bereits vor der Entlassung eine*n persönliche*n Fallmanager*in zuteilt, der die Übergangsphase begleitet und zudem dabei hilft, soziale Netzwerke und andere Ressourcen zu mobilisieren (ebd., S. 15).

for Needy Families, TANF) oder Zugang zu ‚**vouchern**‘ das Risiko einkommensschwacher Haushalte, wohnungslos zu werden, reduziert (Byrne et al. 2021, Solari et al. 2021) bzw. finanzielle Zuwendungen (auch Einmalzahlungen) die Chancen der Reintegration nach dem Wohnungsverlust erhöhen (Richter et al. 2021). Der Zusammenhang zwischen häuslicher Gewalt und dem Risiko, wohnungslos zu werden, wurde jüngst in einer Doktorarbeit untersucht (Jackson 2022), findet sonst aber kaum Raum in der Literatur. Dies überrascht, da häusliche Gewalt ein häufiger Auslöser für Wohnungslosigkeit bei Frauen darstellt (Irving-Clarke und Henderson 2020). Insgesamt muss hier festgestellt werden, dass mit Ausnahme von Zwangsräumungen sich kaum aktuelle sozialwissenschaftliche Literatur findet, die sozialpolitische Interventionen praxeologisch betrachtet oder sozialpolitische Interventionen zur Überwindung von krisenhaften Momenten von denjenigen Personen, die noch in einem Mietverhältnis sind, international vergleicht.²⁴

Unter ‚**emergency**‘ werden sozialpolitische Maßnahmen subsumiert, die dann relevant werden, wenn die Wohnungs- und insbesondere die Obdachlosigkeit bereits eingetroffen ist. Der Fokus der Intervention liegt hierbei auf der Notunterbringung dieser Menschen; entweder in speziellen Notunterkünften oder in für diesen Zweck angemieteten Hotels, Hostels, Jugendherbergen, Pensionen etc. In der Literatur findet sich sowohl Kritik an dem Konzept der ‚Wohnfähigkeit‘ und dem damit einhergehenden ‚**treatment first**‘ bzw. Stufenmodell, welches postuliert, dass manche von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen erst (wieder) erlernen müssen, wie man wohnt und damit von Maßnahmen ausgeschlossen werden, die auf ein privatrechtliches Mietverhältnis hinarbeiten (Denvall et al. 2022, Mackie et al. 2019, Baptista und Marlier 2019). Eine weitere Literatur übt Kritik an der Notunterbringung von Menschen in Mehrbettzimmern, da diese Unterbringungsform mangels Privatsphäre häufig mit negativen Erfahrungen einhergeht oder diese Einrichtungen von wohnungslosen Personen erst gar nicht genutzt werden, bspw. aus Angst vor Übergriffen oder Diebstahl (McMordie 2021, Hinrichs und Weishaupt i. E. Januar 2024, Pleace et al. 2021, Humphries und Canham 2021, Keenan et al. 2021). Claudia Engelmann wiederum zeigt auf, dass Notunterkünfte eigentlich nur temporär genutzt werden sollten – was in der Praxis als Argument zur Legitimation von Mehrfachunterbringung genutzt wird –, aber in der Praxis wohnungslose Menschen dort zum Teil über Jahre hinweg verweilen müssen (Engelmann 2021, Engelmann et al. 2020). Interessant ist hierbei, dass im deutschen Rechtskontext die Notunterbringung wohnungsloser Menschen auf kommunaler Ebene in den Gefahrenabwehrgesetzen der Länder (und damit im Ordnungsrecht) und nicht im Sozialrecht verankert ist (Weishaupt et al. i. E. 2023).

Der fünfte und letzte Aspekt umfasst sozialpolitische **Repeat**-Interventionen, die eine Verstärkung von Wohnungslosigkeit bzw. die Wiederholung von Episoden von Wohnungslosigkeit vermeiden sollen. Dreh- und Angelpunkt stellt dabei in der Literatur der sogenannte Housing-First-Ansatz dar, der in den USA entwickelt und in Europa vor allem in Finnland zur Anwendung kommt. Geradezu paradigmatisch erscheint dabei die Umorientierung von einem konditionalen, stufenförmigen Hilfeansatz hin zu einer unmittelbaren und bedingungslosen Versorgung mit Wohnraum, gekoppelt mit freiwilligen Hilfsangeboten vor Ort (Hansen Löffstrand und Juhila 2021, Busch-Geertsema 2017a, b). Die Erfolgsrate ist dabei extrem hoch, auch für Personen mit multiplen und komplexen Hilfsbedarfen (Woodhall-Melnik und Dunn 2016). Der Ansatz zeichnet sich zudem durch seine Kosteneffizienz aus (Latimer et al. 2020).

24 Das DFG-geförderte Projekt (441782944) versucht, diese Lücke zunächst für den deutschen Fall zu füllen. Die Heuristik des Projekts wurde im Herbst 2023 veröffentlicht (Weishaupt et al. 2023), der Projektband und weitere Zeitschriftenaufsätze sind für 2024 in Planung.

4.2. SONDERWOHNFORMEN

Die für diese Expertise gesichtete sozialwissenschaftliche Literatur zu Sonderwohnformen mit einem spezifischen Fokus auf den Aspekt des Wohnens selbst (s. o.) oder den spezifischen sozialpolitischen Interventionen ist nicht sehr umfangreich. In der schematischen Darstellung der Literatur soll hier zwischen folgenden Sonderwohnformen unterschieden werden: betreutes Wohnen, Frauenhäuser und Unterkünfte für Menschen mit Fluchterfahrung.

Betreutes Wohnen infolge von Wohnungsnotfällen

In dem in 4.1. bereits angesprochenen Stufenmodell folgt auf einen Wohnungsnotfall nach der Unterbringung in einer Notunterkunft in einigen Fällen der Um- und Einzug in eine betreute Wohnform. Obgleich diese Form der Unterbringung in der Wissenschaft häufig als bevormundend und vom regulären Wohnungsmarkt ausschließend kritisiert wird, gibt es wenig Literatur zur Ausgestaltung und dem Erleben von betreutem Wohnen. Eine Ausnahme stellt der Aufsatz von Nadine Marquardt (2013) dar, in welchem sie systematisch aufzeigt, dass Formen des betreuten Wohnens „nicht einfach nur Gegenräume [sind], die Wohnungslosen Schutz vor repressiven Zugriffen gewähren, sondern selbst Ausdruck wie auch Voraussetzung eines auf Wohnungslose ausgerichteten Regierens“ sind (Marquardt 2013, 149). Ansonsten finden sich zwar einige weitere Aufsätze zum Thema betreutes Wohnen, die Autor*innen stellen dabei aber eher praktische und weniger sozialwissenschaftliche, insbesondere soziologische oder politikwissenschaftliche Fragen (Weldrick et al. 2023, Burns et al. 2020, Humphries und Canham 2021, Canham et al. 2022).

Wohnen und häusliche Gewalt: Frauenhäuser als Schutzorte

Auch in der Literatur zu Frauenhäusern (**„battered women’s shelters“**) finden sich kaum Veröffentlichungen, die explizit wohnungs- oder sozialpolitische Fragen stellen. Zumindest auf Basis der hier gesichteten Literatur ließen sich keine neueren, also seit 2018 veröffentlichten Studien finden, die die politischen Rahmenbedingungen zur Eröffnung oder Betreibung von Frauenhäusern oder die sozialpolitischen Zugangs- und Unterstützungsangebote untersuchen. Es gibt freilich Studien zu häuslicher Gewalt und Wohnungsnotfällen (Bretherton und Mayock 2021, Bullen 2021, Mayock und Neary 2021, Bretherton 2020, Bullock et al. 2020), Studien zur Gesundheitsversorgung von Frauen, die aufgrund häuslicher Gewalt wohnungslos wurden (Jagasia et al. 2023) und letztlich auch Studien zu Frauenhäusern. Diese haben dann jedoch andere Fragestellungen: Angelika Henschel beispielsweise untersucht, wie sich Kinder, die in Frauenhäusern leben, entwickeln (Henschel 2019, 2023), Jane Freeland untersucht, wie die Idealisierung von Heirat zu unterschiedlichem Umgang mit häuslicher Gewalt in Ost- und Westdeutschland führt (Freeland 2022), oder Catilin Burd und Kolleginnen untersuchen den Umgang mit Covid-19 in Frauenhäusern (Burd et al. 2023). Eine Ausnahme – und damit gute Basis für weitere Forschung – bietet die Forschung von Anna Fischlmayr et al., die mit einer feministisch-kritischen Perspektive die Ordnungen, Beziehungen und räumlichen Relationen von Frauenhäusern anhand eines österreichischen Beispiels betrachtet (Fischlmayr et al. 2018, siehe auch: Diebäcker et al. 2019). Aber auch in dieser Studie spielen sozialpolitische und wohnungspolitische Fragen eine nur untergeordnete Rolle.

Unterbringung von geflüchteten Personen

Die (deutsche) sozialwissenschaftliche Literatur zur Unterbringung und anschließender Wohnraumversorgung geflüchteter Personen ist deutlich umfangreicher. Eine thematisch einschlägige Übersicht für den deutschen Fall bietet Franziska Werner (2020). Sie geht in ihrem Buchkapitel sowohl auf die historische Entwicklung der Unterbringungsformen geflüchteter Personen ein als auch auf aktuelle rechtliche Debatten zur Unterbringungspraxis sowie Fragen zu Gender, Gewalt und Architektur. Susann Thiel und Behshid Najafi (2020) untersuchen die Aufnahmebedingungen und Lebenssituationen von geflüchteten Frauen in Deutschland und arbeiten dabei mit einer kritischen Perspektive die rechtlichen Barrieren, Lücken im Hilfeangebot und Alltagshürden heraus. Auch Nihad El-Kayed und Ulrike Hamann (2018) untersuchen das deutsche Asylregime mit einem kritischen Fokus auf die rechtlich und praktisch produzierten Ausschlüsse, Zugangshürden und Benachteiligungen beim Zugang zum deutschen Sozialsystem und bei der Wohnraumversorgung (ähnlich auch Piechura 2022).

Die englischsprachige Forschung kommt zu ähnlich kritischen Ergebnissen unter Anerkennung der besonderen Hindernisse, mit denen Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte konfrontiert sind (Baptista und Marlier 2019). Cécile Bénoliel (2020) untersucht beispielsweise die Diskriminierungserfahrungen und die inadäquate Versorgung geflüchteter Personen in Frankreich. Maria De Angelis (De Angelis 2020) rekonstruiert unter Anwendung einer kritischen, foucaultschen Heuristik die Erfahrungen geflüchteter Frauen in *UK Immigration Removal Centres*, während Hannah Haycox (2023) untersucht, wie syrische Flüchtlinge das *Vulnerable Persons Resettlement Scheme* erleben und arbeitet dabei die für die Betroffenen negativen Folgen sozialstaatlicher Reformen (Leistungskürzungen und – limits samt „**Two-Child Limit**“) heraus (Haycox 2023, S. 79). Die repressiven sozialpolitischen Politiken, die in Italien und Schweden zur Anwendung kommen, stehen im Zentrum des Aufsatzes von Enrico Giansanti et al. (2022), wobei die Autor*innen auch folgenschwere diskriminierende Praktiken bei der Wohnraumversorgung feststellen. Anita Aigner (2019) wiederum arbeitet die Zugangsschwierigkeiten geflüchteter Personen zu Wiener Sozialwohnungen heraus. **Last but not least** zeigen Oudshoorn et al. (2020), dass geflüchtete Personen, auch und gerade Familien, einem hohen Risiko ausgesetzt sind, wohnungslos zu werden, nachdem sie die Notunterkunft verlassen; ein Grund dafür sind auch bürokratische Unwägbarkeiten („**bureaucratic mire**“) (Oudshoorn et al. (2020, S. 199).

4.3. SOZIALPOLITISCHE MASSNAHMEN ZUM WOHNEN IM ALTER ODER MIT KÖRPERLICHEN ODER GEISTIGEN BEHINDERUNGEN

Zuletzt soll noch ein kurzer Blick auf die sozialpolitischen Maßnahmen zum Wohnen im Alter oder mit Personen mit gesetzlich anerkannten chronischen Erkrankungen und/oder Behinderung geworfen werden. Hierbei fällt auf, dass es eine umfangreiche Literatur zur Langzeitpflege gibt, was kaum verwundert, da es im Zuge des demografischen Wandels zu einer starken Zunahme an Seniorenhaushalten kommt (Müller 2018, S. 181). Die Literatur unterscheidet dabei u. a. unterschiedliche Formen dessen, wie Pflege organisiert wird – zu Hause (durch Familienangehörige, ambulante Pflegedienste oder 24-h-Betreuung, oftmals durch ausländische Pflegekräfte) und Pflege in stationären Einrichtungen – was wiederum Auswirkungen auf die Qualität und Kosten hat (Ehrlich und Kelle 2019, Feng 2019, Roland et al. 2022, Schobin 2020). Die meisten Menschen wünschen sich, im privaten Umfeld (der eigenen Wohnung) gepflegt zu werden, was in der Literatur unter dem Stichwort **‘ageing in the right place’** verhandelt wird (Hoh et al. 2021, Narushima und Kawabata 2020). Der Bezug zur Sozialpolitik ist dabei vielseitig, da Langzeitpflege im eigenen Wohnraum nur dann

möglich ist, wenn dieser barrierefrei ist und auch Fachpersonal und medizinische Versorgung vorhanden sind (Kim et al. 2023). Allerdings fehlen allein in Deutschland ca. zwei Millionen altersgerechte Wohnungen (Deschermeier 2023). Auch und gerade in strukturschwachen ländlichen Räumen fehlen solche Wohnungen sowie gesundheitliche Versorgung im Allgemeinen (Laufenberg 2018, Auschra et al. 2019, Hämel und Wolter 2020). Letztlich fehlt in der Literatur eine Auseinandersetzung mit dem Umgang mit wohnungslosen und benachteiligten Personen, auf die Pflegeeinrichtungen nicht eingestellt sind und die diese daher unter Umständen als Patient*innen ablehnen.

5 Fazit: Thesen zu Forschungslücken und mögliche Forschungsagenden

In einem Versuch, diesen kursorischen Literaturüberblick möglichst knapp und pointiert zusammenzufassen und gleichzeitig auch Forschungslücken zu identifizieren, möchte ich an dieser Stelle mit einigen Thesen und möglichen Forschungsfragen schließen.

These 1: Wohnen ist das Herzstück des Wohlfahrtsstaates, da ohne angemessenes Wohnen existenzielle Bedürfnisse und soziale Teilhabe nicht gewährleistet werden können. Die auf Sozialpolitik fokussierte Literatur spiegelt dies jedoch nicht adäquat wider – es besteht Nachholbedarf, auch und gerade da Wohnungspolitik ein Comeback aufgrund der „Rückkehr von Wohnungsnotlagen“ erlebt (Grohs und Zabler 2021, S. 37). In den gesichteten Zeitschriften mit sozialpolitischen Schwerpunkten finden sich zwar zahlreiche Aufsätze zu Sozialpolitik und Wohlfahrtsregimen – oftmals mit Bezug auf das stark auf Erwerbstätigkeit und Sozialversicherung fokussierte Werk von Gøsta Esping-Andersen –, aber Wohnen und Wohnungspolitik rücken dabei nur sporadisch in den Fokus. Während in englischsprachigen Lehr- und Handbüchern das Thema zumindest in einem Kapitel gewürdigt wird (Bland et al. 2022, Ellison 2020), finden sich **keine** eigenständigen Kapitel zum Thema Wohnen und Wohnungspolitik in wichtigen deutschsprachigen Referenzwerken (Althammer et al. 2021, Bäcker et al. 2020, Dallinger 2016, Obinger und Schmidt 2019, Schmid 2010).

These 2: Moderne Demokratien zeichnen sich durch eigenständige ‚housing regimes‘ aus, die aber nicht deckungsgleich mit den jeweiligen Wohlfahrtsstaatsregimen sind. Obgleich es erste Versuche gibt, ‚welfare‘ und ‚housing regimes‘ systematisch miteinander zu verknüpfen, bedarf es der Entwicklungen einer grundsätzlichen Heuristik, die die idealtypischen Charakteristika unterschiedlicher Länder identifiziert und damit nicht nur eine Klassifizierung, sondern auch die Herleitung von Thesen zur historischen Entstehung, institutionellen Entwicklung und der gesellschaftlichen (stratifizierenden) Wirkung der unterschiedlichen ‚housing regimes‘ ermöglicht.²⁵ Die in dieser Expertise vorgeschlagene Dreiteilung könnte als ein erster solcher Schritt dienen, da diese über den sonst üblichen Fokus auf Sozialwohnungen und Sozialleistungen hinausgeht.

These 3: Kaum ein Thema wird im Bundestag so kontrovers diskutiert wie der Umgang mit der Wohnraumversorgung und der Regulierung der Wohnungsmärkte. Daran wird sich auch in den nächsten Jahrzehnten kaum etwas ändern. Obgleich der Bund wichtige Weichen stellen kann, ist es aber vor allem Aufgabe der Kommunen, Bürger*innen mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Es wird daher ein Bedarf für

²⁵ Bereits 1987 bezeichnete Ulf Torgersen **Housing** als den „wobbly pillar“ des Wohlfahrtsstaates und dennoch blieb Wohnungspolitik in der sozialpolitischen Forschung kaum beachtet (Torgersen 1987).

sozialwissenschaftliche Studien identifiziert, die untersuchen, wie gerade auf lokaler Ebene²⁶ politische Entscheidungen zur Wohnraumproduktion und Wohnraumunter- und -ungleichversorgung führen und damit zu Polarisierung, Segregation und Diskriminierung beitragen oder diese erst ermöglichen. Schon Bourdieu unterstrich hierbei, dass Wohnungspolitik als eine „doppelte soziale Konstruktion“ zu verstehen sei, denn die Politik regelt den Markt (und damit die Wohnraum produzierenden Akteur*innen) und gleichzeitig beeinflusst sie auch die Dispositionen und Handlungsmöglichkeiten der potenziellen Käufer*innen bzw. Mieter*innen (zitiert in Wacquant 2008, 202, meine Übersetzung). Armut, Ungleichheit und Prekarisierung sind somit das Resultat politischer Entscheidungen – und nicht ‚willkürliche‘ Ergebnisse von Marktgeschehen – die dann wiederum reaktiv mit sozialpolitischen Korrekturen, wie beispielsweise Wohngeld(-Erhöhungen) bearbeitet (und über Steuergelder finanziert) werden müssen. An der Schnittstelle von Wohnungs- und Sozialpolitik zeigt sich also weiterhin eine deutliche Konfliktlinie zwischen denjenigen, die Wohnen als Sozialgut verstehen sowie denjenigen, die es als Wirtschaftsgut auffassen (Knabe 2016, S. 15).

These 4: Auch die Schnittstelle von Wohnungs- und Sozialpolitik ist „jenseits von Gut und Böse“ (Lessenich 2012). In seinem einflussreichen Werk unterstreicht Stephan Lessenich, dass der Sozialstaat nicht nur „Gutes“ tut, indem er die durch die Marktwirtschaft hervorgebrachten Verwerfungen abfedert und soziale Risiken absichert. Durch sein politisch hervorgebrachtes (und stets umstrittenes) Wirken zieht er auch (ausschließende) Grenzen (der Solidarität) und (re-)produziert gesellschaftliche Ungleichheiten, indem er Zugänge strukturiert, Leistungen staffelt und Pflichten kontrolliert (Lessenich 2019). Trotz der Zentralität des Wohnens für soziale Sicherung und Teilhabe findet sich in der sozialwissenschaftlichen Forschung aber kaum (und vor allem nur selten kritische) Forschung über die gesetzlichen Grundlagen, Alltagspraxen der öffentlichen Verwaltung und sozialen Folgen staatlicher Interventionsformen an der Schnittstelle von Wohnungs- und Sozialpolitik. Während Pagels (2022) auf die Fehlbarkeit der sozialstaatlichen Umsetzung eingeht, unternahmen Weishaupt et al. (2023) jüngst einen ersten soziologischen und dezidiert praxeologischen Schritt zur Konzeptualisierung von Wohnungsnotfällen und prekärem Wohnen im Kontext eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Projekts. Dennoch fehlen zweifelsohne weitere, auch und gerade international vergleichende Studien, um diese eklatante Forschungslücke an der Schnittstelle von Wohnungs- und Sozialpolitik zu füllen. In dieser Forschungslinie kann neben der Soziologie auch die Politik- bzw. Verwaltungswissenschaft, beispielsweise durch die Anwendung des **Street-Level-Bureaucracy**-Ansatzes (SLB, Lipsky 1980), einen wichtigen Beitrag leisten und einen (kritischen) Blick auf die Umsetzungspraktiken bei der Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen, der Übernahme der Kosten der Unterkunft oder der Antragsstellung von Wohngeld werfen.

These 5: Trotz Anti-Diskriminierungsgesetzgebung werden bestimmte Personen oder Personengruppen systematisch auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt – mit schwerwiegenden sozialen Folgen. Neben eher qualitativ ausgerichteten Studien zu den Praktiken der Wohnraumversorgung bedarf es auch groß angelegter quantitativer Studien darüber, wie Ungleichheiten auf dem Wohnungsmarkt beispielsweise durch ‚negative Signale‘ (prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Schufa-Einträge, Leistungsbezug, Migrationshintergrund, Aufenthaltsstatus etc.) produziert werden. Dabei kann auf einige

²⁶ Gerade im deutschen Kontext bieten sich hier auch Untersuchungen auf Länderebene an, da es hier in jüngerer Vergangenheit interessante Entwicklungen hinsichtlich der Vermeidung bzw. Bekämpfung von prekären Quartieren gab.

wenige bereits veröffentlichte Studien aufgebaut werden (Horr et al. 2018, Auspurg et al. 2019, Hinz und Auspurg 2017).²⁷

Literatur

- Aigner, Anita. 2019. Housing Entry Pathways of Refugees in Vienna, a City of Social Housing. *Housing Studies* 34/5: 779–803, DOI: 10.1080/02673037.2018.1485882.
- Althammer, Jörg, Heinz Lampert und Maximilian Sommer. 2021. *Lehrbuch Sozialpolitik*. 10. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Arbaci, Sonia. 2019. *Paradoxes of Segregation: Housing Systems, Welfare Regimes and Ethnic Residential Change in Southern European Cities*. Oxford: Wiley.
- Arendt, Rosalie, Tobias Gralke und Lisa Vollmer. 2023. Bezahlbar und klimagerecht wohnen? Antworten sozial-ökologischer Bewegungsakteur*innen auf institutionalisierte Zielkonflikte in der Wohnraumversorgung. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 53/210: 117–135, DOI: 10.32387/prokla.v53i210.2034.
- Auschra, Carolin, Anne Berghöfer, Jana Deisner und Jörg Sydow. 2019. Versorgung im ländlichen Raum – Ohne Pflege?! *Pflegezeitschrift* 72: 54–57.
- Auspurg, Katrin, Andreas Schneck und Thomas Hinz. 2019. Closed Doors Everywhere? A Meta-Analysis of Field Experiments on Ethnic Discrimination in Rental Housing Markets. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 45/1: 95–114, DOI: 10.1080/1369183X.2018.1489223.
- Babcock, Christopher. 2022. *The Childcare Effect on Homelessness – A Master's Thesis*. New York: Columbia University.
- Bäcker, Gerhard, Gerhard Naegel und Reinhard Bispinck. 2020. *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Ein Handbuch*. Wiesbaden: Springer VS.
- Baptista, Isabel und Eric Marlier. 2019. *Fighting Homelessness and Housing Exclusion in Europe. A Study of National Policies*. Brussels: European Social Policy Network and European Commission. DG for Employment, Social Affairs and Inclusion.
- Belina, Bernd. 2017. Kapitalistischer Wohnungsbau: Ware, Spekulation, Finanzialisierung. In *Wohnraum für alle?!: Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*, Hrsg. Barbara Schöning, Jutin Kadi und Sebastian Schipper, 28–46, Bielefeld: transcript Verlag.
- Belina, Bernd, Susanne Heeg, Robert Pütz und Anne Vogelpohl. 2013. Neuordnungen des Städtischen im neoliberalen Zeitalter: Zur Einleitung. *Geographische Zeitschrift* 101/3-4: 125–131.
- Benjaminsen, Lars. 2016. Homelessness in a Scandinavian Welfare State: The Risk of Shelter Use in the Danish Adult Population. *Urban Studies* 53/10: 2041–2063.
- Benjaminsen, Lars und Stefan Bastholm Andrade. 2015. Testing a Typology of Homelessness Across Welfare Regimes: Shelter Use in Denmark and the USA. *Housing Studies* 30/6: 858–876.
- Benjaminsen, Lars, Hanna Dhalmann, Evelyn Dyb, Marcus Knutagård und Jarmo Lindén. 2020. Measurement of Homelessness in the Nordic Countries. *European Journal of Homelessness* 14/3: 149–170.
- Bénoliel, Cécile. 2020. Universal Rights but Not for Everyone: The Right to Emergency Accommodation in France and EU Equality Law. *European Journal of Homelessness* 14/2: 75–98.

27 Weitere Studien zur (sozialen) Wohnraumversorgung könnten sich mit Leerstand bzw. dem Besitz von Zweitwohnungen beschäftigen, der Wohnraumverteilung (wer lebt in wie großen Wohnungen), Fehlbelegung (Menschen, die in Sozialwohnungen leben, obwohl sich ihr Einkommen seit Einzug verbessert hat und die damit eigentlich keinen Anspruch mehr hätten) und den ungleichen Anreizen, in Wohnraum zu investieren (beispielsweise steuerliche Abschreibung von Zinsen bei Vermietung, nicht aber bei Selbstnutzung).

- Berner, Laura, Andrej Holm und Inga Jensen. 2015. *Zwangsräumungen und die Krise des Hilfesystems*. Berlin (online): Institut für Sozialwissenschaften, Stadt- und Regionalsoziologie, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Bland, Daniel, Kimberly J. Morgen und Herbert Obinger. 2022. *The Oxford Handbook of the Welfare State*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Blunden, Hazel und Kathleen Flanagan. 2022. Housing Options for Women Leaving Domestic Violence: The Limitations of Rental Subsidy Models. *Housing Studies* 37/10: 1896–1915, DOI: 10.1080/02673037.2020.1867711.
- Bodenmüller, Martina. 2019. Wohnungslosigkeit von Frauen – ein Armutsphänomen. In *Geschlechterforschung für die Praxis: Band 5. Frauen und Armut – feministische Perspektiven*, Hrsg. Regina-Maria Dackweiler und Reinhild Schäfer, 361–381, Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Böhm, Carmen. 2020. *Wohnungslosigkeit im Diskurs Klinischer Sozialarbeit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bohnenberger, Katharina. 2022. Klimasozialpolitik. Ein Forschungsstandbericht zur Verbindung von Klimapolitik und Sozialpolitik. 1/3: 1–47.
- Borstel, Dierk, Jennifer Brückmann, Laura Nübold, Bastian Pütter und Tim Sonnenberg. 2023. *Handbuch Wohnungs- und Obdachlosigkeit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bourdieu, Pierre. 1998. Ortseffekte. In *Das Elend der Welt: Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Hrsg. Pierre Bourdieu, 159–168, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Bretherton, Joanne. 2020. Women's Experiences of Homelessness: A Longitudinal Study. *Social Policy and Society* 19/2: 255–270, DOI: 10.1017/S1474746419000423.
- Bretherton, Joanne und Paula Mayock. 2021. *Women's Homelessness: European Evidence Report*. Brussels: FEANTSA.
- Bullen, Jane. 2021. Chronic Homelessness. What Women's Experiences Can Tell Us. *Housing Studies* 38/8: 1417–1435.
- Bullock, Heather E., Harmony A. Reppond, Shirley V. Truong und Melina R. Singh. 2020. An Intersectional Analysis of the Feminization of Homelessness and Mothers' Housing Precarity. *Journal of Social Issues* 76/4: 835–858.
- Burd, Caitlin, Jennifer C. D. MacGregor, Marilyn Ford-Gilboe, Tara Mantler, Isobel McLean, Jill Veenendaal, Nadine Wathen und Violence Against Women Services in a Pandemic Research Team. 2023. The Impact of the COVID-19 Pandemic on Staff in Violence Against Women Services. *Violence Against Women* 29/9: 1764–1786.
- Burns, Victoria F., Julie Deslandes Leduc, Natalie St-Denis und Christine A. Walsh. 2020. Finding Home after Homelessness: Older Men's Experiences in Single-site Permanent Supportive Housing. *Housing Studies* 35/2: 290–309, DOI: 10.1080/02673037.2019.1598550.
- Busch-Geertsema, Volker. 2017a. Housing First – innovativer Ansatz, gängige Praxis oder schöne Illusion? – Teil 1: Was ist Housing First, was ist es nicht, und Belege für die Wirksamkeit des Ansatzes. *wohnungslos*/1: 17–23.
- Busch-Geertsema, Volker. 2017b. Housing First – innovativer Ansatz, gängige Praxis oder schöne Illusion? – Teil 2: Was ist innovativ am Housing-First-Ansatz, ist er bereits Mainstream in Deutschland, und wenn es aber doch keine Wohnungen gibt? *wohnungslos*/2-3: 75–80.
- Butterwegge, Christoph. 2021. Wohnungsgleichheit in Deutschland. *Sozial Extra* 45/3: 205–209, DOI: 10.1007/s12054-021-00378-8.
- Byrne, Michael. 2020. Generation Rent and the Financialization of Housing: A Comparative Exploration of the Growth of the Private Rental Sector in Ireland, the UK and Spain. *Housing Studies* 35/4: 743–765, DOI: 10.1080/02673037.2019.1632813.

- Byrne, Thomas H., Benjamin F. Henwood und Anthony W. Orlando. 2021. A Rising Tide Drowns Unstable Boats: How Inequality Creates Homelessness. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 693/1: 28–45, DOI: 10.1177/0002716220981864.
- Canham, Sarah L., Christine A. Walsh, Tamara Sussman, Joe Humphries, Lara Nixon und Victoria F. Burns. 2022. Identifying Shelter and Housing Models for Older People Experiencing Homelessness. *Journal of Aging and Environment* 36/2: 204–225, DOI: 10.1080/26892618.2021.1955806.
- Clapham, David. 2018. Housing Theory, Housing Research and Housing Policy. *Housing, Theory and Society* 35/2: 163–177, DOI: 10.1080/14036096.2017.1366937.
- Cooper, Alice und Paulette Kurzer. 2023. Similar Origins – Divergent Paths: The Politics of German and Dutch Housing Markets. *German Politics* 32/2: 341–360, DOI: 10.1080/09644008.2020.1764541.
- Dallinger, Ursula. 2016. *Sozialpolitik im internationalen Vergleich*. Konstanz: utb.
- Daßler, Henning. 2022. *Wohnungslos und psychisch erkrankt*. Köln: Psychiatrie Verlag.
- Dathe, Tracy, René Dathe, Andreas Weise, Isabel Dathe und Marc Helmold. 2021. *Berliner Mietendeckel & Co.: Staatseingriffe in den Immobilienmarkt: Ein internationaler Vergleich mit historischem Rückblick*. Wiesbaden: Springer VS.
- De Angelis, Maria. 2020. Female Asylum Seekers: A Critical Attitude on UK Immigration Removal Centres. *Social Policy and Society* 19/2: 207–224, DOI: 10.1017/S1474746419000216.
- Denvall, Verner, Ulrika Bejerholm, Kristina Carlsson Stylianides, Suzanne Johanson und Marcus Knutagård. 2022. De-Implementation: Lessons to be Learned when Abandoning Inappropriate Homelessness Interventions. *International Journal on Homelessness* 2/2: 152–168, DOI: 10.5206/ijoh.2022.2.13709.
- Deschermeier, Philipp. 2023. Altersgerechter Wohnraum. *IW-Trends* 50/2: 115–134.
- Desmond, Matthew. 2016. *Evicted: Poverty and Profit in the American City*. New York: Crown Publishers.
- Dewilde, Caroline. 2018. Explaining the Declined Affordability of Housing for Low-income Private Renters Across Western Europe. *Urban Studies* 55/12: 2618–2639, DOI: 10.1177/0042098017729077.
- Diebäcker, Marc. 2020. Städtewachstum und Gentrifizierung: Die Verräumlichung sozialer Ungleichheit und die Transformation öffentlicher Räume. In *Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum*, Hrsg. Marc Diebäcker und Gabriele Wild, 23–38, Wiesbaden: Springer VS.
- Diebäcker, Marc, Anna Fischlmayr und Aurelia Sagmeister. 2019. Researching Social Space in Social Work Institutions. A Case Study on a Women's Shelter. *Social Work & Society* 17/1: 1–15.
- Dolls, Mathias, Clemens Fuest, Florian Neumeier, und Daniel Stöhlker. 2021. Ein Jahr Mietendeckel: Wie hat sich der Berliner Immobilienmarkt entwickelt? *ifo Schnelldienst* 74/03: 26–32.
- Dworsky, Amy, Laura Napolitano und Mark Courtney. 2013. Homelessness During the Transition from Foster Care to Adulthood. *American Journal of Public Health* 103/Suppl 2: 318–23, DOI: 10.2105/ajph.2013.301455.
- Egner, Björn und Max Kayser. 2023. Local Strategies to Counter the Rise of Housing Rents – Munich and Dresden in Comparison. *German Politics* 32/2: 299–318, DOI: 10.1080/09644008.2019.1707811.
- Ehrlich, Ulrike und Nadiya Kelle. 2019. Pflegende Angehörige in Deutschland: Wer pflegt, wo, für wen und wie? *Zeitschrift für Sozialreform* 65/2: 175–203, DOI: 10.1515/zsr-2019-0007.

- El-Kayed, Nihad und Ulrike Hamann. 2018. Refugees' Access to Housing and Residency in German Cities: Internal Border Regimes and Their Local Variations. *Social Inclusion* 6/1: 135–146.
- Ellison, Nick. 2020. *Handbook on Society and Social Policy*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Engelmann, Claudia. 2021. De Jure Temporary, de Facto Permanent: Shelters for People Experiencing Homelessness in Germany. *European Journal of Homelessness* 15/1: 109–129.
- Engelmann, Claudia, Claudia Mahler und Petra Follmar-Otto. 2020. *Von der Notlösung zum Dauerzustand: Recht und Praxis der kommunalen Unterbringung wohnungsloser Menschen in Deutschland*. Berlin (online): Deutsches Institut für Menschenrechte.
- Esping-Andersen, Gøsta. 1990. *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Evans, Douglas N., Kwan-Lamar Blount-Hill und Michelle A. Cubellis. 2019. Examining housing discrimination across race, gender and felony history. *Housing Studies* 34/5: 761–778, DOI: 10.1080/02673037.2018.1478069.
- Feng, Zhanlian. 2019. Global Convergence: Aging and Long-Term Care Policy Challenges in the Developing World. *Journal of Aging & Social Policy* 31/4: 291–297, DOI: 10.1080/08959420.2019.1626205.
- Fischlmayr, Anna, Aurelia Sagmeister und Marc Diebäcker. 2018. Ein Frauenhaus als institutionalisierter Geschlechterraum Sozialer Arbeit? Eine qualitative Fallskizze zu Ordnungen, Beziehungen und räumlichen Relationen. *Soziale Arbeit und institutionelle Räume: Explorative Zugänge*: 79–94.
- Fitzpatrick, Suzanne, Peter Mackie und Jenny Wood. 2021. Advancing a Five-Level Typology of Homelessness Prevention. *International Journal on Homelessness* 1/1: 79–97, DOI: 10.5206/ijoh.2021.1.13341.
- Flambard, Véronique. 2019. Housing Allowances: Still Struggling to Make Ends Meet. *Housing Studies* 34/4: 688–714, DOI: 10.1080/02673037.2018.1468420.
- Frech, Siegfried. 2019. Wohnen Bürger & Staat. *Landzentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* 69/2/3: 86–87.
- Freeland, Jane. 2022. Gender and Domestic Violence in Divided Germany: Marriage, Divorce and Women's Shelters. *Geschichte und Gesellschaft* 48/3: 461–482.
- Friedrichs, Jürgen und Jörg Blasius. 2000. *Leben in benachteiligten Wohngebieten*. Opladen: Leske + Budrich.
- Friesenecker, Michael und Yuri Kazepov. 2021. Housing Vienna: The Socio-Spatial Effects of Inclusionary and Exclusionary Mechanisms of Housing Provision. *Social Inclusion* 9/2: 77–90, DOI: 10.17645/si.v9i2.3837.
- Gerull, Susanne. 2014. Wohnungsräumungen aufgrund von Mietschulden im europäischen Vergleich. *Wohnungslos* 3/14: 95–99.
- Giansanti, Enrico, Annika Lindberg und Martin Joormann. 2022. The Status of Homelessness: Access to Housing for Asylum-seeking Migrants as an Instrument of Migration Control in Italy and Sweden. *Critical Social Policy* 42/4: 586–606, DOI: 10.1177/02610183221078437.
- Gillich, Stefan. 2020. Wohnen ohne festen Wohnsitz. In *Handbuch Wohnsoziologie*, Hrsg. Frank Eckardt und Sabine Meier, 1–19, Wiesbaden: Springer VS.
- Gillich, Stefan und Rolf Keicher. 2016. *Suppe, Beratung, Politik: Anforderungen an eine moderne Wohnungsnotfallhilfe*. Wiesbaden: Springer VS.
- Gillich, Stefan und Rolf Keicher. 2017. *Ohne Wohnung in Deutschland: Migration, Armut, Wohnungslosigkeit*. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Gluns, Danielle. 2019. Wohnungspolitik als „alte neue“ Herausforderung des Sozialstaats. In *Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsstaat im Wandel: Akteure, Strategien und*

- Politikfelder*, Hrsg. Matthias Freise und Annette Zimmer, 257–283, Wiesbaden: Springer VS.
- Glynn, Natalie und Paula Mayock. 2023. Housing after Care: Understanding Security and Stability in the Transition out of Care Through the Lenses of Liminality, Recognition and Precarity. *Journal of Youth Studies* 26/1: 80–97, DOI: 10.1080/13676261.2021.1981838.
- Granath Hansson, Anna. 2021. Housing the Vulnerable: Municipal Strategies in the Swedish Housing Regime. *European Journal of Homelessness* 15/2: 13–36.
- Granath Hansson, Anna und Björn Lundgren. 2019. Defining Social Housing: A Discussion on the Suitable Criteria. *Housing, Theory and Society* 36/2: 149–166, DOI: 10.1080/14036096.2018.1459826.
- Greysen, S. Ryan, Rebecca Allen, Georgina I. Lucas, Emily A. Wang und Marjorie S. Rosenthal. 2012. Understanding Transitions in Care from Hospital to Homeless Shelter: A Mixed-methods, Community-based Participatory Approach. *Journal of General Internal Medicine* 27/11: 1484–1491, DOI: 10.1007/s11606-012-2117-2.
- Grohs, Stephan und Steffen Zabler. 2021. Wohnungspolitik als Sozialpolitik? Zum Wechselspiel von Haushaltslage, Sozialausgaben und kommunalen Investitionen in Wohnraum. In *Die Rückkehr der Wohnungsfrage: Ansätze und Herausforderungen lokaler Politik*, Hrsg. Björn Egner, Stephan Grohs und Tobias Robischon, 37–57, Wiesbaden: Springer VS.
- Hämel, Kerstin und Birgit Wolter. 2020. Alter(n) im ländlichen Raum. In *Handbuch Soziale Arbeit und Alter*, Hrsg. Kirsten Aner und Ute Karl, 443–453, Wiesbaden: Springer VS.
- Hanratty, Jennifer, Sarah Miller, Jayne Hamilton, Ciara Keenan und Christopher Coughlan. 2020. *Discharge Programmes for Individuals Experiencing, or at Risk of Experiencing, Homelessness: A Systematic Review*. London (online): Centre for Homelessness Impact.
- Hansen Löffstrand, Cecilia und Kirsi Juhila. 2021. Transforming Worker–Client Identities: From Shelters to Housing First. *Social Inclusion* 9/3: 214–222, DOI: 10.1080/02673037.2019.1642452.
- Hasse, Jürgen. 2019. Wohnen – eine existenzielle Herausforderung. *Bürger & Staat. Landzentrale für politische Bildung Baden-Württemberg* 69/2/3: 88–93.
- Häußermann, Hartmut. 2007. Ihre Parallelgesellschaften, unser Problem: Sind Migrantenviertel ein Hindernis für Integration? *Leviathan* 35/4: 458–469.
- Häussermann, Hartmut und Martin Kronauer. 2009. Räumliche Segregation und innerstädtisches Getto. In *Prekarisierung, Abstieg, Ausgrenzung: die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Hrsg. Robert Castel und Klaus Dörre, 113–130.
- Haycox, Hannah. 2023. Policy Paradoxes and the Vulnerable Persons Resettlement Scheme: How Welfare Policies Impact Resettlement Support. *Critical Social Policy* 43/1: 76–96, DOI: 10.1177/02610183221088532.
- Heeg, Susanne. 2020. Ökonomie des Wohnens. In *Handbuch Wohnsoziologie*, Hrsg. Frank Eckardt und Sabine Meier, 1–20, Wiesbaden: Springer VS.
- Heerde, Jessica A., Sheryl A. Hemphill und Kirsty E. Scholes-Balog. 2018. The Impact of Transitional Programmes on Post-transition Outcomes for Youth Leaving Out-of-Home Care: A Meta-Analysis. *Health & Social Care in the Community* 26/1: e15–e30, DOI: 10.1111/hsc.12348.
- Henger, Ralph und Judith Niehues. 2019. Der Drehtüreffekt zwischen Wohngeld und Grundsicherung. *Sozialer Fortschritt* 68/10: 791–817, DOI: 10.3790/sfo.68.10.791.
- Henschel, Angelika. 2019. *Frauenhauskinder und ihr Weg ins Leben: das Frauenhaus als entwicklungsunterstützende Sozialisationsinstanz*: Verlag Barbara Budrich.
- Henschel, Angelika. 2023. Frauenhauskinder und ihr Weg ins Leben. *Soziale Passagen*: 15, 131–146. <https://doi.org/10.1007/s12592-023-00445-9>.

- Hentschel, Armin. 2019. Sozialer Wohnungsbau made in Germany. Entstehung und Diskussion einer wohnungspolitischen Institution. In *Wohnungsmärkte und Wohnungspolitik. Beiträge zur Kritik des Immobiliensektors*, Hrsg. Armin Hentschel und Peter Lohauß, 13–88, Marburg: Metropolis.
- Hentschel, Armin und Peter Lohauß. 2019. Wohnungsmärkte und Wohnungspolitik. Beiträge zur Kritik des Immobiliensektors. *Politische Vierteljahresschrift* 61/2: 401–403, DOI: 10.1007/s11615-020-00240-8.
- Hepburn, Peter, Renee Louis und Matthew Desmond. 2020. Racial and Gender Disparities Among Evicted Americans. *Sociological Science* 7: 649–662.
- Hinrichs, Christian und J. Timo Weishaupt. i. E. Januar 2024. Wohnungslos in Göttingen in Zeiten der Pandemie: Zwischen Desaster und Endstation Problemimmobilie. In *Obdach- und Wohnungslosigkeit in pandemischen Zeiten*, Hrsg. Marco Heinrich, Frieda Heinzelmann und Frank Sowa, Bielefeld: transcript Verlag.
- Hinz, Thomas und Katrin Auspurg. 2017. Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. In *Handbuch Diskriminierung*, Hrsg. Albert Scherr, Aladin El-Mafaalani and Gökçen Yüksel, 387–406, Wiesbaden: Springer VS.
- Hochstenbach, Cody. 2023. Balancing Accumulation and Affordability: How Dutch Housing Politics Moved from Private-Rental Liberalization to Regulation. *Housing, Theory and Society* 40/4: 503–529, DOI: 10.1080/14036096.2023.2218863.
- Hoh, Jasmon W. T., Qiushi Feng und Danan Gu. 2021. Aging in the Right Place. In *Encyclopedia of Gerontology and Population Aging*, Hrsg. Danan Gu and Matthew E. Dupre, 299–303, Cham: Springer International Publishing.
- Holm, Andrej. 2021a. Marktversagen, Staatsversagen und die Notwendigkeit einer sozialökologischen Transformation des Wohnens. In *Wohnungsfrage 3.0*, Hrsg. Guido Spars, 113–133, Stuttgart: Kohlhammer.
- Holm, Andrej. 2021b. *Objekt der Rendite. Zur Wohnungsfrage, oder: was Engels noch nicht wissen konnte*. Berlin: Dietz.
- Horr, Andreas, Christian Hunkler und Clemens Kroneberg. 2018. Ethnic Discrimination in the German Housing Market. A Field Experiment on the Underlying Mechanisms. *Zeitschrift für Soziologie* 47/2: 134–146, DOI:10.1515/zfsoz-2018-1009.
- Humphries, Joe und Sarah L. Canham. 2021. Conceptualizing the Shelter and Housing Needs and Solutions of Homeless Older Adults. *Housing Studies* 36/2: 157–179, DOI: 10.1080/02673037.2019.1687854.
- Irving-Clarke, Yoric und Kelly Henderson. 2020. *Housing and Domestic Abuse: Policy into Practice*. London and New York: Routledge.
- Jackson, Rebecca. 2022. *Hitting Home: Exploring Housing and Home(lessness) in the Context of Domestic Abuse*. Cardiff: Cardiff University (PhD Thesis).
- Jagasia, Emma, Jennifer J. Lee und Patty R. Wilson. 2023. Promoting Community Institutional Partnerships to Improve the Health of Intimate Partner Violence Survivors Experiencing Homelessness. *Journal of Advanced Nursing* 79/4: 1303–1313.
- Kadi, Justin und Johanna Lilius. 2022. The Remarkable Stability of Social Housing in Vienna and Helsinki: A Multi-Dimensional Analysis. *Housing Studies*: 1–25, DOI: 10.1080/02673037.2022.2135170.
- Keenan, Ciara, Sarah Miller, Jennifer Hanratty, Terri Pigott, Jayne Hamilton, Christopher Coughlan, Peter Mackie, Suzanne Fitzpatrick und John Cowman. 2021. Accommodation-based Interventions for Individuals Experiencing, or at Risk of Experiencing, Homelessness. *Campbell Systematic Reviews* 17/2: e1165, DOI: 10.1002/cl2.1165.
- Keicher, Rolf und Stefan Gillich. 2013. *Wenn Würde zur Ware verkommt: Soziale Ungleichheit, Teilhabe und Verwirklichung eines Rechts auf Wohnraum*. Wiesbaden: Springer VS.

- Keller, Carsten. 1999. *Armut in der Stadt: zur Segregation benachteiligter Gruppen in Deutschland*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kemeny, Jim. 1995. *From Public Policy to the Social Market: Rental Policy Strategies in Comparative Perspective*. London und New York: Routledge.
- Kemp, Peter A. 2016. Housing Programs. In *The Oxford Handbook of the Social Science of Poverty*, Hrsg. David Brady und Linda M. Burton, 820–842, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Kenna, Padraic, Sergio Nasarre-Aznar, Peter Sparkes und Christoph U. Schmid. 2018. *Loss of Homes and Evictions across Europe. A Comparative Legal and Policy Examination*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Kettunen, Hanna und Hannu Ruonavaara. 2021. Rent Regulation in 21st century Europe. Comparative Perspectives. *Housing Studies* 36/9: 1446–1468, DOI: 10.1080/02673037.2020.1769564.
- Kholodilin, Konstantin A. und Sebastian Kohl. 2023. Social Policy or Crowding-out? Tenant Protection in Comparative Long-run Perspective. *Housing Studies* 38/4: 707–743, DOI: 10.1080/02673037.2021.1900796.
- Kim, Huiyun, Nicole M. Schmidt, Theresa L. Osypuk, Naomi Thyden und David Rehkopf. 2023. Effects of Housing Vouchers on the Long-term Exposure to Neighbourhood Opportunity Among Low-Income Families: The Moving to Opportunity Experiment. *Housing Studies* 38/1: 128–151, DOI: 10.1080/02673037.2022.2112154.
- Knabe, Judith. 2016. Wohnen und Wohnungspolitik. In *Handbuch Sozialraum*, Hrsg. Fabian Kessl und Christian Reutlinger, 1–24, Wiesbaden: Springer VS.
- Kokalanova, Anna. 2022. Schrottimmobilen und Problemhäuser – Benachteiligung von Roma aus Bulgarien und Rumänien auf dem Wohnungsmarkt in Berlin und Wien. In *Wohnen nach der Flucht: Integration von Geflüchteten und Roma in städtische Wohnungsmärkte und Quartiere*, Hrsg. Ingrid Breckner und Heidi Sinning, 327–341, Wiesbaden: Springer VS.
- Latimer, Eric A., Daniel Rabouin, Zhirong Cao, Angela Ly, Guido Powell, Tim Aubry, Jino Distasio, Stephen W. Hwang, Julian M. Somers und Ahmed M. Bayoumi. 2020. Cost-Effectiveness of Housing First with Assertive Community Treatment: Results from the Canadian At Home/Chez Soi Trial. *Psychiatric Services* 71/10: 1020–1030, DOI: 10.1176/appi.ps.202000029
- Laufenberg, Mike. 2018. Sorgende Gemeinschaften? ‚Demenzfreundliche Kommunen‘ zwischen sozialstaatlichem Sparmodell und Emanzipationsgewinn. *suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 6/1: 77–96.
- Lee, Barrett A., Marybeth Shinn und Dennis P. Culhane. 2021. Homelessness as a Moving Target. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 693/1: 8–26, DOI: 10.1177/0002716221997038.
- Lee, Yeonhwa, Peter A. Kemp und Vincent J. Reina. 2022. Drivers of Housing (Un)affordability in the Advanced Economies: A Review and New Evidence. *Housing Studies* 37/10: 1739–1752, DOI: 10.1080/02673037.2022.2123623.
- Lessenich, Stephan. 2012. *Theorien des Sozialstaats zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Lima, Valesca. 2020. The Financialization of Rental Housing: Evictions and Rent Regulation. *Cities* 105: 102787, DOI: 10.1016/j.cities.2020.102787.
- Lima, Valesca, Rory Hearne und Mary P. Murphy. 2022. Housing Financialisation and the Creation of Homelessness in Ireland. *Housing Studies*: 38:9, 1695–1718, DOI: [10.1080/02673037.2022.2042493](https://doi.org/10.1080/02673037.2022.2042493).
- Lima, Valesca und Romana Xerez. 2023. Social Housing Systems and Welfare in Ireland and Portugal: A Comparative Analysis. *International Journal of Housing Policy* 23/1: 179–189, DOI: 10.1080/19491247.2021.1982314.

- Lipsky, Michael. 1980. *Street-level Bureaucracy Dilemmas of the Individual in Public Services*. New York: Russell Sage Foundation.
- Listerborn, Carina. 2023. The New Housing Precariat: Experiences of Precarious Housing in Malmö, Sweden. *Housing Studies* 38/7: 1304–1322, DOI: 10.1080/02673037.2021.1935775.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang, Marion Müller und Larissa v. Paulgerg-Muschiol. 2001. „... das extremste Phänomen der Armut“. Von der Armut, ohne Wohnung zu leben. In *Die Armut der Gesellschaft*, Hrsg. Eva Barlösius und Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, 263–291, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lund, Brian. 2016. Eclipsing Council Housing. In *Housing Politics in the United Kingdom: Power, Planning and Protest*, Hrsg. Ders., 147–178, Bristol: University Press.
- MacKenzie, David. 2018a. The Geelong Project: Interim Report 2016–2017. *Barwon Child, Youth and Family*.
- MacKenzie, David. 2018b. Some Reflections on the Policy History of Youth Homelessness in Australia. *Cityscape* 20/3: 147–156.
- Mackie, Peter. 2023. Preventing Homelessness and Housing Exclusion. A Focus on Early Intervention. *European Journal of Homelessness* 14/1: 11–30.
- Mackie, Peter, Sarah Johnsen und Jenny Wood. 2019. Ending Street Homelessness: What Works and Why We Don't Do it. *European Journal of Homelessness* 13/1: 85–96.
- Marquardt, Nadine. 2013. Räume der Fürsorge: Regieren der Wohnungslosigkeit im betreuten Wohnen. *Geographische Zeitschrift* 101/3/4: 148–165.
- Marquardt, Susanne und Daniel Glaser. 2023. How Much State and How Much Market? Comparing Social Housing in Berlin and Vienna. *German Politics* 32/2: 361–380, DOI: 10.1080/09644008.2020.1771696.
- Mayock, Paula und Fiona Neary. 2021. *Domestic Violence & Family Homelessness*. Dublin: Focus Ireland.
- McMordie, Lynne. 2021. Avoidance Strategies: Stress, Appraisal and Coping in Hostel Accommodation. *Housing Studies* 36/3: 380–396, DOI: 10.1080/02673037.2020.1769036.
- Metraux, Stephen und Emily Moore. 2023. Veteran Homelessness. In *The Routledge Handbook of Homelessness*, Hrsg. Joanne Bretherton und Nicholas Pleace, Abingdon and New York: Routledge.
- Meuth, Miriam und Christian Reutlinger. 2023. *Entmietet und verdrängt. Wie Mieter*innen ihren Wohnungsverlust erleben*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Mießner, Michael. 2019. Studentifizierung in Göttingen. Ein Beispiel für sozialräumliche Verdrängung in deutschen Universitätsstädten. *Geographische Rundschau* 10: 22–27.
- Mießner, Michael. 2021. Studentification in Germany: How Investors Generate Profits from Student Tenants in Goettingen and the Impacts on Urban Segregation. *European Urban and Regional Studies* 28/2: 133–154, DOI: 10.1177/0969776420934850.
- Müller, Ines. 2018. Die Wohnungspolitik als Aspekt öffentlicher Daseinsvorsorge. In *Care und die Wissenschaft vom Haushalt: Aktuelle Perspektiven der Haushaltswissenschaft*, Hrsg. Angela Häußler, Christine Küster, Sandra Ohrem und Inga Wagenknecht, 177–187, Wiesbaden: Springer VS.
- Narushima, Miya und Makie Kawabata. 2020. “Fiercely independent”: Experiences of aging in the right place of older women living alone with physical limitations. *Journal of Aging Studies* 54: 100875, DOI: 10.1016/j.jaging.2020.100875.
- Norris, Michelle. 2020. Commentary on Stephens’ “How Housing Systems Are Changing and Why: A Critique of Kemeny’s Theory of Housing Regimes”. *Housing, Theory and Society* 37/5: 552–556, DOI: 10.1080/14036096.2020.1816575.

- O'Sullivan, Eoin. 2020. *Reimagining Homelessness. For Policy and Practice*. Bristol: Policy Press.
- O'Sullivan, Eoin. 2022. *Key Elements in Homelessness Strategies to End Homelessness by 2030. Discussion Paper of the European Platform on Combatting Homelessness*. Luxembourg: Publication Office of the European Union.
- o. V. 2018. Für eine wirklich soziale Wohnungspolitik: Wissenschaftler_innen fordern Schutz der Bestandsmieten, Gemeinnützigkeit und Demokratisierung. *sublurban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 6/2-3: 205–222, DOI: 10.36900/suburban.v6i2/3.411.
- O'Leary, Chris und Tom Simcock. 2022. Policy Failure or Ff***up: Homelessness and Welfare Reform in England. *Housing Studies* 37/8: 1379–1395, DOI: 10.1080/02673037.2020.1849573.
- Obinger, Herbert und Manfred G. Schmidt. 2019. *Handbuch Sozialpolitik*. Wiesbaden: Springer VS.
- OECD. 2021. *Brick by Brick. Building Better Housing Policies*. Paris: OECD Publishing.
- Oudshoorn, Abe, Sarah Benbow, Victoria Esses, Linda Baker, Bridget Annor, Isaac Coplan, Jordan Shantz und Vanisa Ezukuse. 2020. Homelessness Prevention for Refugees: Results From an analysis of Pathways to Shelter. *European Journal on Homelessness* 14/2: 189–205.
- Pagels, Nils. 2022. Kommunale Sozialpolitik im Mehrebenensystem: Rechtsübergreifende Zusammenarbeit bei Umsetzung und Gewährung von Sozialleistungen. *DIFIS Studie* 1/6: 1–27.
- Piechura, Philipp. 2022. Housing Matters: Die Wohnsituation Geflüchteter als Frage lokaler Bürgerschaft. In *Figurationen der Wohnungsnot*, Hrsg. Frank Sowa, 7056–726, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Pleace, Nicholas. 2019. *Preventing Homelessness: A Review of the International Evidence*. Dublin: Simon Communities of Ireland.
- Pleace, Nicholas. 2020. Housing Policy. In *Handbook on Society and Social Policy*, Hrsg. Nick Ellison, 332–343, Cheltenham: Edward Elgar.
- Pleace, Nicholas, Isabel Baptista, Lars Benjaminsen, Volker Busch Geertsema, Eoin O'Sullivan und Nóra Teller. 2021. *European Homelessness and COVID 19*. Brussels: FEANSTSA.
- Protschky, Andrea. 2023. Staying under Bridges, Negotiating Barriers: Unhoused Berliners' Infrastructural Practices between Spatial Exclusion and Precarious Spatial Strategies. In *Making Spaces through Infrastructure*, Hrsg. Marian Burchardt und Dirk van Laak, 193–218, Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Remster, Brianna. 2021. Homelessness among Formerly Incarcerated Men: Patterns and Predictors. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 693/1: 141–157, DOI: 10.1177/0002716221993447.
- Reutlinger, Christian. 2018. Mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Kulturelle und sozialräumliche Aspekte des Wohnens. *Blätter der Wohlfahrtspflege* 4: 123–126.
- Richter, Francisca G.-C., Claudia Coulton, Robert L. Fischer und Nina Lalich. 2021. Public Assistance and Homeless Shelter Trajectories. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 693/1: 123–140, DOI: 10.1177/0002716221993380.
- Rink, Dieter. 2021. Politik des Wohnens. In *Handbuch Wohnsoziologie*, Hrsg. Frank Eckardt und Sabine Meier, 79–95, Wiesbaden: Springer VS.
- Rink, Dieter und Björn Egner. 2020. *Lokale Wohnungspolitik. Beispiele aus deutschen Städten*. Baden-Baden: Nomos.
- Rink, Dieter und Björn Egner. 2022. Local Housing Markets and Local Housing Policies: A Comparative Analysis of 14 German Cities. *International Journal of Housing Policy* 22/3: 430–450, DOI: 10.1080/19491247.2021.1930358.

- Rinn, Moritz. 2018. Ein Urbanismus der Ungleichheit: ‚Neue soziale Stadtpolitik‘ in Hamburg als Strategie der Verbürgerlichung. *sublurban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 6/1: 9–28.
- Roland, Daniel, Julien Forder und Karen Jones. 2022. What Is Out There and What Can We Learn? International Evidence on Funding and Delivery of Long-Term Care. *Social Policy and Society* 21/2: 261–274, DOI: 10.1017/S1474746421000531.
- Rosen, Eva, Philip M. E. Garboden und Jennifer E. Cossyleon. 2021. Racial Discrimination in Housing: How Landlords Use Algorithms and Home Visits to Screen Tenants. *American Sociological Review* 86/5: 787–822, DOI: 10.1177/00031224211029618.
- Rutan, Devin Q. und Matthew Desmond. 2021. The Concentrated Geography of Eviction. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 693/1: 64–81, DOI: 10.1177/0002716221991458.
- Scanlon, Kathleen, Christine Whitehead und Melissa Fernandez Arrigoitia. 2014. Introduction. In *Social Housing in Europe*, Hrsg. Christine M. E. Whitehead, Kathleen Scanlon und Melissa Fernandez Arrigoitia, 1–20, Chichester, West Sussex: Wiley-Blackwell.
- Schmid, Josef. 2010. *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich*. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schneider, Valerie. 2018. The Prison to Homelessness Pipeline: Criminal Record Checks, Race, and Disparate Impact. *Indiana Law Journal* 93/2: 433–455.
- Schobin, Janosch. 2020. Pflege durch (nicht-verwandte) Freunde? *Theoretische und empirische Betrachtungen eines vernachlässigten Phänomens am Beispiel der Daten des Sozio-oekonomischen Panels* 66/1: 35–68, DOI: 10.1515/zsr-2020-0003.
- Schwan, Kaitlin, David French, Stephen Gaetz, Ashley Ward, Jennifer Akerman und Melanie Redman. 2018. *Preventing Youth Homelessness*. Cardiff (online): Wales Centre for Public Policy.
- Seemann, Anika. 2021. The Danish ‘Ghetto Initiatives’ and the Changing Nature of Social Citizenship, 2004–2018. *Critical Social Policy* 41/4: 586–605, DOI: 10.1177/0261018320978504.
- Shinn, Marybeth und Rebecca Cohen. 2019. Homelessness Prevention: A Review of the Literature. *Center for Evidence-Based Solutions to Homelessness*. http://www.evidenceonhomelessness.com/recent_highlights/updated-homelessness-prevention-literature-review/ Zugegriffen: 23.01.2024
- Shinn, Marybeth und Jill Khadduri. 2020. *In the Midst of Plenty. Homelessness and What to Do About It*. Hoboken: John Wiley & Sons.
- Simmel, Georg. 1908. *Soziologie: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Smigiel, Christian, Angela Hof, Karolin Kautzschmann und Roman Seidl. 2019. No Sharing! Ein Mixed-Methods-Ansatz zur Analyse von Kurzzeitvermietungen und ihren sozialräumlichen Auswirkungen am Beispiel der Stadt Salzburg. *Raumforschung und Raumordnung* 78/2: 153–170, DOI: 10.2478/rara-2019-0054.
- Solari, Claudia D., Douglas Walton und Jill Khadduri. 2021. How Well Do Housing Vouchers Work for Black Families Experiencing Homelessness? Evidence from the Family Options Study. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 693/1: 193–208, DOI: 10.1177/0002716221996678.
- Sowa, Frank. 2022. *Figurationen der Wohnungsnot. Kontinuität und Wandel sozialer Praktiken, Sinnzusammenhänge und Strukturen*. Berlin: Beltz Juventa.
- Sowa, Frank, Marco Heinrich und Frieda Heinzelmänn. i. E. 2024. *Obdach- und Wohnungslosigkeit in pandemischen Zeiten. Interdisziplinäre Perspektiven*. Bielefeld: transcript.

- Stephens, Mark. 2020. How Housing Systems are Changing and Why: A Critique of Kemeny's Theory of Housing Regimes. *Housing, Theory and Society* 37/5: 521–547, DOI: 10.1080/14036096.2020.1814404.
- Thiel, Susann und Behshid Najafi. 2020. Armut von geflüchteten Frauen: marginalisiert, schutzlos und unsichtbar. In *Frauen und Armut – Feministische Perspektiven*, 325–341, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
- Torgersen, Ulf. 1987. Housing: The Wobbly Pillar Under the Welfare State. *Scandinavian Housing and Planning Research* 4/sup1: 116–126, DOI: 10.1080/02815737.1987.10801428.
- Tunstall, Rebecca. 2020. *The Fall and Rise of Social Housing. 100 Years on 20 Estates*. Bristol: Bristol University Press.
- Wacquant, Loïc. 2008. Relocating Gentrification: The Working Class, Science and the State in Recent Urban Research. *International Journal of Urban and Regional Research* 32/1: 198–205, DOI: 10.1111/j.1468-2427.2008.00774.x.
- Wacquant, Loïc. 2018. *Die Verdammten der Stadt: Eine vergleichende Soziologie fortgeschrittener Marginalität*. Wiesbaden: Springer VS.
- Weishaupt, J. Timo und Christian Hinrichs. i. E. 2024. The European Platform on Combatting Homelessness: Delivering the Goods Against the Odds? In *Social Policy in the European Union: State of Play 2023*, Hrsg. Bart Vanhercke, Sebastiano Sabato und Slavina Spasova, Brussels: European Trade Union Institute (ETUI) und European Social Observatory (OSE).
- Weishaupt, J. Timo, Christian Hinrichs und Jan Weckwerth. 2023. Wohnungslos in der Stadt: Soziologische Perspektiven auf Exklusionsdynamiken im Wechselspiel individueller, raumstruktureller und institutioneller Kontexte. In *Polarisierte Welten. Verhandlungen des 41. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bielefeld 2022*, Hrsg. Paula-Irene Villa Braslavsky, : 1–11, Essen: Deutsche Gesellschaft für Soziologie.
- Weldrick, Rachel, Sarah L. Canham, Tamara Sussman, Christine A. Walsh, Émilie Cormier und Atiya Mahmood. 2023. Delivering Services to Older Persons Experiencing Homelessness: Providers' Perspectives of What Does and Does Not Work. *Journal of Gerontological Social Work* 66/1: 29–42, DOI: 10.1080/01634372.2022.2087128.
- Werner, Franziska. 2020. (Nicht-)Wohnen von Geflüchteten. In *Handbuch Wohnsoziologie*, Hrsg. Frank Eckardt und Sabine Meier, 1–30, Wiesbaden: Springer VS.
- Wilding, Mark. 2020. The Challenges of Measuring Homelessness Among Armed Forces Veterans: Service Provider Experiences in England. *European Journal of Homelessness* 14/1: 107–122.
- Wolifson, Peta, Sophia Maalsen und Dallas Rogers. 2023. Intersectionalizing Housing Discrimination Under Rentier Capitalism in an Asset-Based Society. *Housing, Theory and Society* 40/3: 335–355, DOI: 10.1080/14036096.2022.2163283.
- Woodhall-Melnik, Julia R. und James R. Dunn. 2016. A Systematic Review of Outcomes Associated with Participation in Housing First Programs. *Housing Studies* 31/3: 287–304, DOI: 10.1080/02673037.2015.1080816.
- Zamzow, Brigitte und Antonia Krah. 2020. Wohnen in benachteiligten Stadtteilen. In *Handbuch Wohnsoziologie*, Hrsg. Frank Eckardt und Sabine Meier, 1–13, Wiesbaden: Springer VS.
- Zavitsa, Jane R. und Theodore P. Gerber. 2016. The Socioeconomic, Demographic, and Political Effects of Housing in Comparative Perspective. *Annual Review of Sociology* 42/1: 347–367, DOI: 10.1146/annurev-soc-081715-074333.
- Zhang, Simone und Rebecca A. Johnson. 2023. Hierarchies in the Decentralized Welfare State: Prioritization in the Housing Choice Voucher Program. *American Sociological Review* 88/1: 114–153, DOI: 10.1177/00031224221147899.

Über den Autor

Timo Weishaupt ist Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik an der Georg-August-Universität Göttingen. Er promovierte 2008 an der University of Wisconsin-Madison. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre bilden Arbeitsmarktpolitik und -verwaltung, EU-Sozialpolitik, industrielle Beziehungen und aktuell Wohnungspolitik und Wohnungsnotfälle.

Für die Inhalte der vorliegenden Publikation ist ausschließlich der Verfasser verantwortlich.

Impressum

DIFIS – Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung

Direktorin: Prof. Dr. Ute Klammer (Universität Duisburg-Essen)

Stellv. Direktor: Prof. Dr. Frank Nullmeier (Universität Bremen)

Standort Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Forsthausweg 2, 47057 Duisburg

Standort Bremen: SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik,

Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen

Homepage: www.difis.org

Erscheinungsort und -datum: Duisburg/Bremen, Januar 2024

Inhaltliche Betreuung: Prof. Dr. Frank Nullmeier

Betreuung der Publikationsreihe: Dr. Miruna Bacali

ISSN: 2748-7199